



LIECHTENSTEIN

Primary legislation

Gesetz vom 5. November 2015 über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz)

[See below](#)

Act of 5 November 2015 on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters (AEOI Act)

[See below](#)

More information on the AEOI portal: <http://www.oecd.org/tax/automatic-exchange/crs-implementation-and-assistance/crs-by-jurisdiction/>

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2015

Nr. 355

ausgegeben am 21. Dezember 2015

Gesetz

vom 5. November 2015

über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA-Gesetz)

Dem nachstehenden vom Landtag gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:¹

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Gegenstand

1) Dieses Gesetz regelt die Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen (nachfolgend "automatischer Informationsaustausch") zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und Partnerstaaten nach internationalen Abkommen, die auf Grundlage des gemeinsamen Meldestandards der OECD einen automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten vorsehen (nachfolgend "anwendbare Abkommen").

2) Es legt insbesondere fest:

- a) die Pflichten liechtensteinischer Rechtsträger;
- b) die Pflichten liechtensteinischer Finanzinstitute;
- c) die Rechte und Pflichten der meldepflichtigen Personen sowie der Rechtsträger, die Kontoinhaber sind;

- d) die Weiterleitung der Informationen durch die Steuerverwaltung;
- e) die Vertraulichkeit und den Datenschutz;
- f) die anwendbaren Verfahren;
- g) die Missbrauchsbestimmungen;
- h) die Strafen für Widerhandlungen gegen anwendbare Abkommen und dieses Gesetz.

3) Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen des im Einzelfall anwendbaren Abkommens.

Art. 2

Begriffe und Bezeichnungen

1) Im Sinne dieses Gesetzes gelten als:

1. NFE ("Non-Financial Entity"): ein Rechtsträger, der kein Finanzinstitut ist;
2. aktiver NFE ("Active NFE"): ein NFE, der eines der folgenden Kriterien erfüllt:
 - a) Weniger als 50 % der Bruttoeinkünfte des NFE im vorangegangenen Kalenderjahr oder einem anderen geeigneten Meldezeitraum sind passive Einkünfte und weniger als 50 % der Vermögenswerte, die sich während des vorangegangenen Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums im Besitz des NFE befanden, sind Vermögenswerte, mit denen passive Einkünfte erzielt werden oder erzielt werden sollen;
 - b) Die Aktien des NFE werden regelmässig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt oder der NFE ist ein verbundener Rechtsträger eines Rechtsträgers, dessen Aktien regelmässig an einer anerkannten Wertpapierbörse gehandelt werden;
 - c) Der NFE ist ein staatlicher Rechtsträger, eine internationale Organisation, eine Zentralbank oder ein Rechtsträger, der im Alleineigentum einer oder mehrerer der vorgenannten Institutionen steht;
 - d) Im Wesentlichen alle Tätigkeiten des NFE bestehen im vollständigen oder teilweisen Besitzen der ausgegebenen Aktien einer oder mehrerer Tochtergesellschaften, die eine andere Geschäftstätigkeit als die eines Finanzinstituts ausüben, sowie in der Finanzierung und Erbringung von Dienstleistungen für diese Tochtergesellschaften, mit der Ausnahme, dass ein NFE nicht die Kriterien für diesen Status erfüllt, wenn er als Anlagefonds tätig ist oder sich als solcher bezeichnet, wie

- zum Beispiel ein Beteiligungskapitalfonds, ein Wagniskapitalfonds, ein sogenannter "Leveraged-Buyout-Fonds" oder ein Anlageinstrument, dessen Zweck darin besteht, Gesellschaften zu erwerben oder zu finanzieren und anschliessend Anteile an diesen Gesellschaften als Anlagevermögen zu halten;
- e) Der NFE betreibt noch kein Geschäft und hat auch in der Vergangenheit kein Geschäft betrieben, legt jedoch Kapital in Vermögenswerten an mit der Absicht, ein anderes Geschäft als das eines Finanzinstituts zu betreiben; der NFE fällt jedoch nach dem Tag, der auf einen Zeitraum von 24 Monaten nach dem Gründungsdatum des NFE folgt, nicht unter diese Ausnahmeregelung;
 - f) Der NFE war in den vergangenen fünf Jahren kein Finanzinstitut und veräussert derzeit seine Vermögenswerte oder führt eine Umstrukturierung durch mit der Absicht, eine andere Tätigkeit als die eines Finanzinstituts fortzusetzen oder wieder aufzunehmen;
 - g) Die Tätigkeit des NFE besteht vorwiegend in der Finanzierung und Absicherung von Transaktionen mit oder für verbundene Rechtsträger, die keine Finanzinstitute sind, und er erbringt keine Finanzierungs- oder Absicherungsleistungen für Rechtsträger, die keine verbundenen Rechtsträger sind, mit der Massgabe, dass der Konzern dieser verbundenen Rechtsträger vorwiegend eine andere Geschäftstätigkeit als die eines Finanzinstituts ausübt;
 - h) Der NFE erfüllt alle der folgenden Anforderungen:
 - aa) Er wird in seinem Ansässigkeitsstaat ausschliesslich für religiöse, gemeinnützige, wissenschaftliche, künstlerische, kulturelle, sportliche oder erzieherische Zwecke errichtet und betrieben, oder er wird in seinem Ansässigkeitsstaat errichtet und betrieben und ist ein Berufsverband, eine Vereinigung von Geschäftsleuten, eine Handelskammer, ein Arbeitnehmersverband, ein Landwirtschafts- oder Gartenbauverband, eine Bürgervereinigung oder eine Organisation, die ausschliesslich zur Wohlfahrtsförderung betrieben wird;
 - bb) Er ist in seinem Ansässigkeitsstaat von der Einkommensteuer befreit;
 - cc) Er hat keine Anteilseigner oder Mitglieder, die Eigentums- oder Nutzungsrechte an seinen Einkünften oder Vermögenswerten haben;
 - dd) Nach dem geltenden Recht des Ansässigkeitsstaats oder den Gründungsunterlagen des NFE dürfen seine Einkünfte und

Vermögenswerte nicht an eine Privatperson oder einen nicht gemeinnützigen Rechtsträger ausgeschüttet oder zu deren Gunsten verwendet werden, ausser in Übereinstimmung mit der Ausübung der gemeinnützigen Tätigkeit des NFE, als Zahlung einer angemessenen Vergütung für erbrachte Leistungen oder als Zahlung in Höhe des Marktwerts eines vom NFE erworbenen Vermögensgegenstands;

- ee) Nach dem geltenden Recht des Ansässigkeitsstaats oder den Gründungsunterlagen des NFE müssen bei seiner Abwicklung oder Auflösung alle seine Vermögenswerte an einen staatlichen Rechtsträger oder eine andere gemeinnützige Organisation verteilt werden oder fallen der Regierung des Ansässigkeitsstaats des NFE oder einer seiner Gebietskörperschaften anheim.

Als NFE im Sinne von Bst. h gilt auch ein Rechtsträger, der ausschliesslich und unwiderruflich gemeinnützige Zwecke im Sinne von Art. 107 Abs. 4a des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) ohne Erwerbsabsicht verfolgt und nach Art. 4 Abs. 2 des Steuergesetzes (SteG) von der Steuerpflicht ausgenommen ist;

3. passiver NFE ("Passive NFE"):

- a) ein NFE, der kein aktiver NFE ist;
- b) ein Investmentunternehmen nach Ziff. 10 Bst. b, das kein Finanzinstitut eines teilnehmenden Staates ist;

4. Rechtsträger ("Entity"): eine juristische Person oder ein Rechtsgebilde wie eine Kapitalgesellschaft, eine Personengesellschaft, ein Trust oder eine Stiftung;

5. liechtensteinischer Rechtsträger:

- a) ein Rechtsträger, der in Liechtenstein ansässig ist oder liechtensteinischem Recht untersteht, jedoch nicht Zweigniederlassungen dieses Rechtsträgers, die sich ausserhalb Liechtensteins befinden; oder
- b) eine Zweigniederlassung eines nicht in Liechtenstein ansässigen oder nicht liechtensteinischem Recht unterstehenden Rechtsträgers, die sich in Liechtenstein befindet;

6. verbundener Rechtsträger ("Related Entity"): ein Rechtsträger, der:

- a) von einem anderen Rechtsträger beherrscht wird oder der einen anderen Rechtsträger beherrscht; oder
- b) gemeinsam mit einem anderen Rechtsträger der gleichen Beherrschung unterliegt.

- Für diesen Zweck umfasst Beherrschung unmittelbares oder mittelbares Eigentum an mehr als 50 % der Stimmrechte und des Wertes eines Rechtsträgers;
7. Finanzinstitut ("Financial Institution"): ein Verwahrinstitut, ein Einlageninstitut, ein Investmentunternehmen oder eine spezifizierte Versicherungsgesellschaft;
 8. Verwahrinstitut ("Custodial Institution"): ein Rechtsträger, dessen Geschäftstätigkeit im Wesentlichen darin besteht, für fremde Rechnung Finanzvermögen zu verwahren. Die Geschäftstätigkeit eines Rechtsträgers besteht im Wesentlichen darin, für fremde Rechnung Finanzvermögen zu verwahren, wenn die dem Verwahren von Finanzvermögen und damit zusammenhängenden Finanzdienstleistungen zuzurechnenden Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers mindestens 20 % der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers entsprechen, und zwar entweder:
 - a) während des dreijährigen Zeitraums, der am 31. Dezember oder dem letzten Tag eines nicht einem Kalenderjahr entsprechenden Abrechnungszeitraums vor dem Bestimmungsjahr endet; oder
 - b) während des Zeitraums des Bestehens des Rechtsträgers, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist;
 9. Einlageninstitut ("Depository Institution"): ein Rechtsträger, der im Rahmen gewöhnlicher Bankgeschäfte oder einer ähnlichen Geschäftstätigkeit Einlagen entgegennimmt;
 10. Investmentunternehmen ("Investment Entity"): ein Rechtsträger:
 - a) der gewerblich vorwiegend eine oder mehrere der folgenden Tätigkeiten für einen Kunden ausübt:
 - aa) Handel mit Geldmarktinstrumenten (zum Beispiel Schecks, Wechsel, Einlagenzertifikate, Derivate), Devisen, Wechselkurs-, Zins- und Indexinstrumenten, übertragbaren Wertpapieren oder Warentermingeschäften;
 - bb) individuelle und kollektive Vermögensverwaltung; oder
 - cc) sonstige Arten der Anlage oder Verwaltung von Finanzvermögen oder Kapital im Auftrag Dritter;
 - b) dessen Bruttoeinkünfte vorwiegend der Anlage oder Wiederanlage von Finanzvermögen oder dem Handel damit zuzurechnen sind, wenn der Rechtsträger von einem anderen Rechtsträger verwaltet wird, bei dem es sich um ein Einlageninstitut, ein Verwahrinstitut, eine spezifizierte Versicherungsgesellschaft oder ein unter Bst. a beschriebenes Investmentunternehmen handelt.

Ein Rechtsträger übt gewerblich vorwiegend eine oder mehrere der unter Bst. a beschriebenen Tätigkeiten aus beziehungsweise die Bruttoeinkünfte eines Rechtsträgers sind vorwiegend der Anlage oder Wiederanlage von Finanzvermögen oder dem Handel damit im Sinne des Bst. a zuzurechnen, wenn die den entsprechenden Tätigkeiten zuzurechnenden Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers mindestens 50 % der Bruttoeinkünfte des Rechtsträgers entsprechen, und zwar entweder:

- während des dreijährigen Zeitraums, der am 31. Dezember des Jahres vor dem Bestimmungsjahr endet; oder
- während des Zeitraums des Bestehens des Rechtsträgers, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist.

Der Begriff "Investmentunternehmen" umfasst nicht einen Rechtsträger, bei dem es sich aufgrund der Erfüllung der Kriterien in Ziff. 2 um einen aktiven NFE handelt.

Ziff. 10 ist auf eine Weise auszulegen, die mit dem Wortlaut der Definition von "Finanzinstitut" in den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Finanzielle Massnahmen gegen Geldwäsche ("Financial Action Task Force on Money Laundering" - FATF) vereinbar ist;

- 10a. Finanzvermögen ("Financial Asset"): Wertpapiere (zum Beispiel Anteile am Aktienkapital einer Kapitalgesellschaft, Beteiligungen oder wirtschaftliches Eigentum an den Beteiligungen an einer in Streubesitz befindlichen oder börsennotierten Personengesellschaft oder einem Trust sowie Obligationen, Anleihen, Schuldverschreibungen oder sonstige Schuldurkunden), Beteiligungen an Personengesellschaften, Warengeschäfte, Swaps (zum Beispiel Zinsswaps, Währungsswaps, Basisswaps, Zinscaps, Zinsfloors, Warenswaps, Aktienswaps, Aktienindexswaps und ähnliche Vereinbarungen), Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträge oder Beteiligungen (darunter börsengehandelte und nicht börsengehandelte Termingeschäfte und Optionen) an Wertpapieren, Beteiligungen an Personengesellschaften, Warengeschäften, Swaps oder Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträgen. Der Begriff "Finanzvermögen" umfasst keine nicht fremdfinanzierten unmittelbaren Immobilienbeteiligungen;³
11. spezifizierte Versicherungsgesellschaft ("Specified Insurance Company"): ein Rechtsträger, bei dem es sich um eine Versicherungsgesellschaft oder die Holdinggesellschaft einer Versicherungsgesellschaft handelt, die einen rückkaufsfähigen Versicherungsvertrag oder einen Rentenversicherungsvertrag abschliesst oder zur Leistung von Zahlungen in Bezug auf einen solchen Vertrag verpflichtet ist;

12. liechtensteinisches Finanzinstitut ("Liechtenstein Financial Institution"):
 - a) ein Finanzinstitut, das in Liechtenstein ansässig ist oder liechtensteinischem Recht untersteht, jedoch nicht Zweigniederlassungen dieses Finanzinstituts, die sich ausserhalb Liechtensteins befinden; oder
 - b) eine Zweigniederlassung eines nicht in Liechtenstein ansässigen oder nicht liechtensteinischem Recht unterstehenden Finanzinstituts, die sich in Liechtenstein befindet;
13. meldendes Finanzinstitut ("Reporting Financial Institution"): ein Finanzinstitut, bei dem es sich nicht um ein nicht meldendes Finanzinstitut handelt;
14. nicht meldendes Finanzinstitut ("Non-Reporting Financial Institution"):
 - a) ein staatlicher Rechtsträger, eine internationale Organisation oder eine Zentralbank, ausser bei Zahlungen, die aus einer Verpflichtung in Zusammenhang mit gewerblichen Finanzaktivitäten stammen, die denen einer spezifizierten Versicherungsgesellschaft, eines Verwahr- oder eines Einlageninstituts entsprechen;
 - b) ein Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung, ein Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung, ein Pensionsfonds eines staatlichen Rechtsträgers, einer internationalen Organisation oder einer Zentralbank oder ein qualifizierter Kreditkartenanbieter;
 - c) ein sonstiger Rechtsträger, bei dem ein geringes Risiko besteht, dass er zur Steuerhinterziehung missbraucht wird, der im Wesentlichen ähnliche Eigenschaften wie die in Bst. a und b genannten Rechtsträger aufweist und der nach innerstaatlichem Recht als nicht meldendes Finanzinstitut gilt, sofern sein Status als nicht meldendes Finanzinstitut dem Zweck des gemeinsamen Meldestandards nicht entgegensteht;
 - d) ein ausgenommener Organismus für gemeinsame Anlagen (OGA); oder
 - e) ein nach dem Recht eines meldepflichtigen Staates errichteter Trust, soweit der Treuhänder des Trusts ein meldendes Finanzinstitut ist und sämtliche zu meldenden Informationen zu sämtlichen meldepflichtigen Konten des Trusts meldet;
15. Finanzkonto ("Financial Account"): ein von einem Finanzinstitut geführtes Konto und umfasst ein Einlagenkonto, ein Verwahrkonto und:

- a) im Fall eines Investmentunternehmens Eigen- und Fremdkapitalbeteiligungen an dem Finanzinstitut. Ungeachtet der vorstehenden Bestimmung umfasst der Ausdruck "Finanzkonto" keine Eigen- und Fremdkapitalbeteiligungen an einem Rechtsträger, der nur als Investmentunternehmen gilt, weil er für den Zweck der Anlage oder Verwaltung von Finanzvermögen, das bei einem anderen Finanzinstitut als diesem Rechtsträger im Namen eines Kunden eingezahlt wurde, für oder im Auftrag dieses Kunden:
 - aa) Anlageberatung erbringt; oder
 - bb) Vermögenswerte verwaltet;
- b) im Fall eines nicht unter Bst. a beschriebenen Finanzinstituts Eigen- und Fremdkapitalbeteiligungen an dem Finanzinstitut, sofern die Beteiligungskategorie zur Vermeidung der Meldepflicht eingeführt wurde; sowie
- c) von einem Finanzinstitut ausgestellte oder verwaltete rückkaufsfähige Versicherungsverträge und Rentenversicherungsverträge, mit Ausnahme von nicht mit einer Kapitalanlage verbundenen und nicht übertragbaren sofortigen Leibrenten, die auf natürliche Personen lauten und eine Renten- oder Invaliditätsleistung monetarisieren, die aufgrund eines Kontos erbracht wird, bei dem es sich um ein ausgenommenes Konto handelt.

Der Begriff "Finanzkonto" umfasst keine Konten, bei denen es sich um ausgenommene Konten handelt;

- 15a. Einlagenkonto ("Depository Account"): Geschäfts-, Giro-, Spar- und Terminkonten sowie Konten, die durch Einlagenzertifikate, Sparbriefe, Investmentzertifikate, Schuldtitel oder vergleichbare Instrumente verbrieft sind, die von einem Finanzinstitut im Rahmen gewöhnlicher Bankgeschäfte oder einer ähnlichen Geschäftstätigkeit geführt werden. Ein Einlagenkonto umfasst auch Beträge, die von einer Versicherungsgesellschaft aufgrund eines garantierten Kapitalanlagevertrags oder einer ähnlichen Vereinbarung zur Zahlung oder Gutschrift von Zinsen auf diese Beträge gehalten werden;⁴
- 15b. Verwahrkonto ("Custodial Account"): ein Konto (nicht jedoch einen Versicherungs- oder Rentenversicherungsvertrag), in dem Finanzvermögen zugunsten eines Dritten verwahrt wird;⁵
- 15c. Eigenkapitalbeteiligung ("Equity Interest"): im Fall einer Personengesellschaft, die ein Finanzinstitut ist, entweder eine Kapital- oder eine Gewinnbeteiligung an der Personengesellschaft. Im Fall eines Trusts,

der ein Finanzinstitut ist, gilt eine Eigenkapitalbeteiligung als von einer Person gehalten, die als Treugeber oder Begünstigter des gesamten oder eines Teils des Trusts betrachtet wird, oder von einer sonstigen natürlichen Person, die den Trust tatsächlich beherrscht. Eine meldepflichtige Person gilt als Begünstigter eines Trusts, wenn sie berechtigt ist, unmittelbar oder mittelbar (zum Beispiel durch einen Bevollmächtigten) eine Pflichtausschüttung aus dem Trust zu erhalten, oder unmittelbar oder mittelbar eine freiwillige Ausschüttung aus dem Trust erhalten kann;⁶

15d. **Versicherungsvertrag ("Insurance Contract"):** ein Vertrag (nicht jedoch ein Rentenversicherungsvertrag), bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, bei Eintritt eines konkreten Ereignisses im Zusammenhang mit einem Todesfall-, Krankheits-, Unfall-, Haftungs- oder Sachschadenrisiko einen Betrag zu zahlen;⁷

15e. **Rentenversicherungsvertrag ("Annuity Contract"):** ein Vertrag, bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, für einen vollständig oder teilweise anhand der Lebenserwartung einer oder mehrerer natürlicher Personen ermittelten Zeitraum Zahlungen zu leisten. Der Ausdruck umfasst auch einen Vertrag, der nach dem Recht, den Vorschriften oder der Rechtsübung des Staates, in dem er ausgestellt wurde, als Rentenversicherungsvertrag gilt und bei dem sich der Versicherungsgeber bereit erklärt, für eine bestimmte Anzahl von Jahren Zahlungen zu leisten;⁸

15f. **rückkaufsfähiger Versicherungsvertrag ("Cash Value Insurance Contract"):** ein Versicherungsvertrag (nicht jedoch ein Rückversicherungsvertrag zwischen zwei Versicherungsgesellschaften) mit einem Barwert;⁹

15g. **Barwert ("Cash Value"):** als Barwert gilt:¹⁰

- a) der Betrag, zu dessen Erhalt der Versicherungsnehmer nach Rückkauf oder Kündigung des Vertrags berechtigt ist, der ohne Minderung wegen einer Rückkaufgebühr oder eines Policendarlehens zu ermitteln ist; oder
- b) der Betrag, den der Versicherungsnehmer im Rahmen des Vertrags oder in Bezug auf den Vertrag als Darlehen aufnehmen kann, je nachdem, welcher Betrag höher ist.

Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen umfasst der Begriff "Barwert" nicht einen aufgrund eines Versicherungsvertrags wie folgt zahlbaren Betrag:

- a) ausschliesslich aufgrund des Todes einer natürlichen Person, die über einen Lebensversicherungsvertrag verfügt;

- b) in Form einer Leistung bei Personenschaden oder Krankheit oder einer sonstigen Leistung zur Entschädigung für einen bei Eintritt des Versicherungsfalls erlittenen wirtschaftlichen Verlust;
 - c) in Form einer Rückerstattung einer aufgrund eines Versicherungsvertrags (nicht jedoch eines an Kapitalanlagen gebundenen Lebens- oder Rentenversicherungsvertrags) bereits gezahlten Prämie (abzüglich Versicherungsgebühren unabhängig von deren tatsächlicher Erhebung) bei Vertragsaufhebung oder -kündigung, Verringerung des Risikopotenzials während der Vertragslaufzeit oder Berichtigung einer Fehlbuchung oder eines vergleichbaren Fehlers in Bezug auf die Vertragsprämie;
 - d) in Form einer an den Versicherungsnehmer zahlbaren Dividende (nicht jedoch eines Schlussüberschussanteils), sofern die Dividende aus einem Versicherungsvertrag stammt, bei dem nur Leistungen nach Bst. b dieses Unterabschnitts zu zahlen sind; oder
 - e) in Form einer Rückerstattung einer Prämienvorauszahlung oder eines Prämiendepots für einen Versicherungsvertrag mit mindestens jährlich fälliger Prämienzahlung, sofern die Höhe der Prämienvorauszahlung oder des Prämiendepots die nächste vertragsgemäss fällige Jahresprämie nicht übersteigt;
16. ausgenommenes Konto ("Excluded Account"):
- a) ein Altersvorsorgekonto, das folgende Voraussetzungen erfüllt:
 - aa) Das Konto untersteht als persönliches Altersvorsorgekonto der Aufsicht oder ist Teil eines registrierten oder der Aufsicht unterstehenden Altersvorsorgeplans für die Gewährung von Renten- und Pensionsleistungen (einschliesslich Invaliditätsleistungen und Leistungen im Todesfall);
 - bb) Das Konto ist steuerbegünstigt (das heisst, auf das Konto eingezahlte Beiträge, die andernfalls steuerpflichtig wären, sind von den Bruttoeinkünften des Kontoinhabers abziehbar oder ausgenommen oder werden mit einem ermässigten Steuersatz besteuert, oder die mit dem Konto erzielten Kapitalerträge werden nachgelagert oder mit einem ermässigten Steuersatz besteuert);
 - cc) In Bezug auf das Konto besteht eine Pflicht zur Informationsübermittlung an die Steuerbehörden;
 - dd) Entnahmen sind an das Erreichen eines bestimmten Ruhestandsalters, Invalidität oder den Todesfall geknüpft oder es werden

bei Entnahmen vor Eintritt dieser Ereignisse Vorschusszinsen fällig;

- ee) Entweder die jährlichen Beiträge sind auf höchstens 50 000 US-Dollar begrenzt oder für das Konto gilt eine auf die gesamte Lebenszeit bezogene Beitragsgrenze von höchstens einer Million US-Dollar, wobei in beiden Fällen die Vorschriften für die Zusammenfassung von Konten und die Währungsumrechnung gelten.

Ein Finanzkonto, das die in Bst. ee genannten Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt, wird diese auch dann erfüllen, wenn auf das Finanzkonto Vermögenswerte oder Geldbeträge von einem oder mehreren Finanzkonten, die die Voraussetzungen nach Bst. a oder b erfüllen, oder von einem oder mehreren Altersvorsorge- oder Pensionsfonds, die die Voraussetzungen eines Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung, eines Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung oder eines Pensionsfonds eines staatlichen Rechtsträgers, einer internationalen Organisation oder einer Zentralbank nach Ziff. 14 Bst. b erfüllen, übertragen werden können;

- b) ein Konto, das folgende Voraussetzungen erfüllt:
 - aa) Das Konto untersteht als Anlageinstrument für andere Zwecke als die Altersvorsorge der Aufsicht und wird regelmässig an einer anerkannten Börse gehandelt oder das Konto untersteht als Sparinstrument für andere Zwecke als die Altersvorsorge der Aufsicht;
 - bb) Das Konto ist steuerbegünstigt (das heisst, auf das Konto eingezahlte Beiträge, die andernfalls steuerpflichtig wären, sind von den Bruttoeinkünften des Kontoinhabers abziehbar oder ausgenommen oder werden mit einem ermässigten Steuersatz besteuert, oder die mit dem Konto erzielten Kapitalerträge werden nachgelagert oder mit einem ermässigten Steuersatz besteuert);
 - cc) Entnahmen sind an die Erfüllung bestimmter Kriterien geknüpft, die in Zusammenhang mit dem Zweck des Anlage- oder Sparkontos (beispielsweise Gewährung von ausbildungsbezogenen oder medizinischen Leistungen) stehen, oder es werden bei Entnahmen vor Erfüllung dieser Kriterien Vorschusszinsen fällig;
 - dd) Die jährlichen Beiträge sind auf höchstens 50 000 US-Dollar begrenzt, wobei die Vorschriften für die Zusammenfassung von Konten und die Währungsumrechnung gelten.

Ein Finanzkonto, das die in Bst. dd genannten Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt, wird diese auch dann erfüllen, wenn auf das Finanzkonto Vermögenswerte oder Geldbeträge von einem oder mehreren Finanzkonten, die die Voraussetzungen nach Bst. a oder b erfüllen, oder von einem oder mehreren Altersvorsorge- oder Pensionsfonds, die die Voraussetzungen eines Altersvorsorgefonds mit breiter Beteiligung, eines Altersvorsorgefonds mit geringer Beteiligung oder eines Pensionsfonds eines staatlichen Rechtsträgers, einer internationalen Organisation oder einer Zentralbank nach Ziff. 14 Bst. b erfüllen, übertragen werden können;

- c) ein Lebensversicherungsvertrag mit einer Versicherungszeit, die vor Vollendung des 90. Lebensjahres der versicherten natürlichen Person endet, sofern der Vertrag folgende Voraussetzungen erfüllt:
 - aa) Während der Vertragslaufzeit oder bis zur Vollendung des 90. Lebensjahres des Versicherten, je nachdem, welcher Zeitraum kürzer ist, sind mindestens jährlich regelmässige Prämien fällig, die im Laufe der Zeit nicht sinken;
 - bb) Der Vertrag besitzt keinen Vertragswert, auf den eine Person ohne Kündigung des Vertrags (durch Entnahme, Beilehung oder auf andere Weise) zugreifen kann;
 - cc) Der bei Vertragsaufhebung oder -kündigung auszahlbare Betrag (mit Ausnahme einer Leistung im Todesfall) kann die Gesamthöhe der für den Vertrag gezahlten Prämien abzüglich der Summe aus den Gebühren für Todesfall- und Krankheitsrisiko und Aufwendungen (unabhängig von deren tatsächlicher Erhebung) für die Vertragslaufzeit beziehungsweise -laufzeiten sowie sämtlichen vor Vertragsaufhebung oder -kündigung ausbezahlten Beträgen nicht übersteigen;
 - dd) Der Inhaber des Vertrags ist kein entgeltlicher Erwerber;
- d) ein Konto, dessen ausschliesslicher Inhaber ein Nachlass ist, sofern die Unterlagen zu diesem Konto eine Kopie des Testaments oder der Sterbeurkunde des Verstorbenen enthalten;
- e) ein Konto, das eingerichtet wird im Zusammenhang mit:
 - aa) einer gerichtlichen Verfügung oder einem Gerichtsurteil;
 - bb) einem Verkauf, einem Tausch oder einer Vermietung unbeweglichen oder beweglichen Vermögens, sofern das Konto folgende Voraussetzungen erfüllt:

- Das Konto wird ausschliesslich mit einer Anzahlung, einer Einlage in einer zur Sicherung einer unmittelbar mit der Transaktion verbundenen Verpflichtung angemessenen Höhe oder einer ähnlichen Zahlung finanziert oder mit Finanzvermögen, das im Zusammenhang mit dem Verkauf, dem Tausch oder der Vermietung des Vermögens auf das Konto eingezahlt wird;
 - Das Konto wird nur zur Sicherung der Verpflichtung des Käufers zur Zahlung des Kaufpreises für das Vermögen, der Verpflichtung des Verkäufers zur Begleichung von Eventualverbindlichkeiten beziehungsweise der Verpflichtung des Vermieters oder Mieters zur Begleichung von Schäden im Zusammenhang mit dem Mietobjekt nach dem Mietvertrag eingerichtet und genutzt;
 - Die Vermögenswerte des Kontos, einschliesslich der daraus erzielten Einkünfte, werden bei Verkauf, Tausch oder Übertragung des Vermögens beziehungsweise Ende des Mietvertrags zugunsten des Käufers, Verkäufers, Vermieters oder Mieters ausgezahlt oder auf andere Weise verteilt (auch zur Erfüllung einer Verpflichtung einer dieser Personen);
 - Das Konto ist nicht ein im Zusammenhang mit einem Verkauf oder Tausch von Finanzvermögen eingerichtetes Margin-Konto oder ähnliches Konto;
 - Das Konto steht nicht in Verbindung mit einem Konto nach Bst. f;
- c) einer Verpflichtung eines Finanzinstituts, das ein durch Immobilien besichertes Darlehen verwaltet, zur Zurücklegung eines Teils einer Zahlung ausschliesslich zur Ermöglichung der Entrichtung von Steuern oder Versicherungsbeiträgen im Zusammenhang mit den Immobilien zu einem späteren Zeitpunkt; oder
- dd) einer Verpflichtung eines Finanzinstituts ausschliesslich zur Ermöglichung der Entrichtung von Steuern zu einem späteren Zeitpunkt;
- f) ein Einlagenkonto, das folgende Voraussetzungen erfüllt:
- aa) Das Konto besteht ausschliesslich, weil ein Kunde eine Zahlung leistet, die einen in Bezug auf eine Kreditkarte oder eine sonstige revolvingende Kreditfazilität fälligen Saldo übersteigt, und

die Überzahlung nicht unverzüglich an den Kunden zurücküberwiesen wird;

- bb) Spätestens ab dem 1. Januar 2016 setzt das Finanzinstitut Massnahmen und Verfahren um, die entweder verhindern, dass ein Kunde eine Überzahlung in Höhe von mehr als 50 000 US-Dollar leistet, oder sicherstellen, dass jede Überzahlung eines Kunden in Höhe von mehr als 50 000 US-Dollar dem Kunden innerhalb von 60 Tagen zurückerstattet wird, wobei in beiden Fällen die Vorschriften für die Währungsumrechnung gelten. Überzahlungen von Kunden in diesem Sinne umfassen nicht Guthaben im Zusammenhang mit strittigen Abbuchungen, schliessen jedoch Guthaben infolge der Rückgabe von Waren ein;
 - g) ein sonstiges Konto, bei dem ein geringes Risiko besteht, dass es zur Steuerhinterziehung missbraucht wird, das im Wesentlichen ähnliche Eigenschaften wie die in den Bst. a bis f beschriebenen Konten aufweist und das nach innerstaatlichem Recht als ausgenommenes Konto gilt, sofern sein Status als ausgenommenes Konto dem Zweck des gemeinsamen Meldestandards nicht entgegensteht;
17. meldepflichtiges Konto ("Reportable Account"): ein Konto, dessen Inhaber eine oder mehrere meldepflichtige Personen sind oder ein passiver NFE, der von einer oder mehreren meldepflichtigen Personen beherrscht wird, sofern es nach den Verfahren zur Erfüllung der AIA-Sorgfaltspflichten als solches identifiziert wurde;
18. bestehendes Konto ("Preexisting Account"):¹¹
- a) für Zwecke des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU:¹² ein Finanzkonto, das zum 31. Dezember 2015 von einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut geführt wird;
 - b) in den übrigen Fällen: ein Finanzkonto, das zum 31. Dezember 2016 von einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut geführt wird;
19. bestehendes Konto natürlicher Personen ("Preexisting Individual Account"): ein bestehendes Konto, dessen Inhaber eine oder mehrere natürliche Personen sind;
20. Neukonto ("New Account"):¹³
- a) für Zwecke des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU: ein von einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut geführtes Finanzkonto, das am oder nach dem 1. Januar 2016 eröffnet wird;

- b) in den übrigen Fällen: ein von einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut geführtes Finanzkonto, das am oder nach dem 1. Januar 2017 eröffnet wird;
21. Konto von geringem Wert ("Lower Value Account"):¹⁴
- a) für Zwecke des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU: ein bestehendes Konto natürlicher Personen mit einem Gesamtsaldo oder -wert zum 31. Dezember 2015, der eine Million US-Dollar nicht übersteigt;
 - b) in den übrigen Fällen: ein bestehendes Konto natürlicher Personen mit einem Gesamtsaldo oder -wert zum 31. Dezember 2016, der eine Million US-Dollar nicht übersteigt;
22. Konto von hohem Wert ("High Value Account"):¹⁵
- a) für Zwecke des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU: ein bestehendes Konto natürlicher Personen mit einem Gesamtsaldo oder -wert, der zum 31. Dezember 2015 oder 31. Dezember eines Folgejahres eine Million US-Dollar übersteigt;
 - b) in den übrigen Fällen: ein bestehendes Konto natürlicher Personen mit einem Gesamtsaldo oder -wert, der zum 31. Dezember 2016 oder 31. Dezember eines Folgejahres eine Million US-Dollar übersteigt;
23. nicht dokumentiertes Konto ("undocumented account"): ein bestehendes Konto natürlicher Personen, bei dem ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut in Anwendung der AIA-Sorgfaltspflichten keine Selbstdeklaration oder Belege beschaffen kann und daher die steuerliche Ansässigkeit des Kontoinhabers nicht feststellen kann;
24. meldepflichtige Person ("Reportable Person"): eine Person eines meldepflichtigen Staates, jedoch insbesondere nicht:
- a) eine Kapitalgesellschaft, deren Aktien regelmässig an einer oder mehreren anerkannten Wertpapierbörsen gehandelt werden;
 - b) eine Kapitalgesellschaft, die ein verbundener Rechtsträger einer Kapitalgesellschaft nach Bst. a ist;
 - c) ein staatlicher Rechtsträger; oder
 - d) ein Finanzinstitut;
- 24a. Person eines meldepflichtigen Staates ("Reportable Jurisdiction Person"): eine natürliche Person oder ein Rechtsträger, die beziehungsweise der nach dem Steuerrecht eines meldepflichtigen Staates in diesem ansässig ist, oder einen Nachlass eines Erblassers, der in einem meldepflichtigen Staat ansässig war. In diesem Sinne gilt ein Rechtsträger, bei dem keine steuerliche Ansässigkeit vorliegt, beispielsweise eine Perso-

nengesellschaft, eine Limited Liability Partnership oder ein ähnliches Rechtsgebilde, als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort seiner tatsächlichen Geschäftsleitung befindet;¹⁶

25. beherrschende Personen ("Controlling Persons"): natürliche Personen, die einen Rechtsträger beherrschen. Im Fall eines Trusts bedeutet dieser Begriff die wirtschaftlichen Treugeber, die Treuhänder, gegebenenfalls die Protektoren, die Begünstigten oder den Begünstigtenkreis sowie alle sonstigen natürlichen Personen, die den Trust tatsächlich beherrschen, und im Fall eines Rechtsgebildes, das kein Trust ist, bedeutet dieser Begriff Personen in gleichwertigen oder ähnlichen Positionen. Der Begriff "beherrschende Personen" ist auf eine Weise auszulegen, die mit den FATF-Empfehlungen vereinbar ist;
26. Kontoinhaber ("Account Holder"): eine Person, die vom kontoführenden Finanzinstitut als Inhaber eines Finanzkontos geführt oder identifiziert wird. Eine Person, die kein Finanzinstitut ist und als Vertreter, Verwahrer, Bevollmächtigter, Unterzeichner, Anlageberater oder Intermediär zugunsten oder für Rechnung einer anderen Person ein Finanzkonto unterhält, gilt nicht als Kontoinhaber, stattdessen gilt die andere Person als Kontoinhaber. Im Fall eines rückkaufsfähigen Versicherungsvertrags oder eines Rentenversicherungsvertrags ist der Kontoinhaber jede Person, die berechtigt ist, auf den Barwert zuzugreifen oder den Begünstigten des Vertrags zu ändern. Kann niemand auf den Barwert zugreifen oder den Begünstigten des Vertrags ändern, so ist der Kontoinhaber jede Person, die im Vertrag als Eigentümer genannt ist, und jede Person, die nach den Vertragsbedingungen einen unverfallbaren Zahlungsanspruch hat. Bei Fälligkeit eines rückkaufsfähigen Versicherungsvertrags oder eines Rentenversicherungsvertrags gilt jede Person, die vertragsgemäss einen Anspruch auf Erhalt einer Zahlung hat, als Kontoinhaber;
27. Steueridentifikationsnummer ("Taxpayer Identification Number; TIN"): die Identifikationsnummer einer steuerpflichtigen Person nach dem Recht eines Staates oder Hoheitsgebiets, in dem sie steuerlich ansässig ist;
28. Belege ("Documentary Evidence"): insbesondere folgende Dokumente:
 - a) eine Ansässigkeitsbescheinigung, ausgestellt von einer autorisierten staatlichen Stelle des Staates, in dem der Zahlungsempfänger ansässig zu sein behauptet;
 - b) bei einer natürlichen Person ein von einer autorisierten staatlichen Stelle ausgestellter gültiger Ausweis, der den Namen der natürlichen

Person enthält und normalerweise zur Feststellung der Identität verwendet wird;

- c) bei einem Rechtsträger ein von einer autorisierten staatlichen Stelle ausgestelltes amtliches Dokument, das den Namen des Rechtsträgers enthält sowie entweder die Anschrift seines Hauptsitzes in dem Staat, in dem er ansässig zu sein behauptet, oder den Staat, in dem der Rechtsträger gegründet wurde;
- d) ein geprüfter Jahresabschluss, eine Kreditauskunft eines Dritten, ein Insolvenzantrag oder ein Bericht der Börsenaufsichtsbehörde.

2) Die Regierung kann mit Verordnung die Begriffe nach Abs. 1, insbesondere die Begriffe "teilnehmender Staat", "nicht meldendes Finanzinstitut" und "ausgenommenes Konto", näher umschreiben.

3) Bezieht sich ein anwendbares Abkommen oder dieses Gesetz auf einen Betrag, der in US-Dollar ausgewiesen ist, so ist darunter auch der entsprechende Gegenwert in einer anderen Währung zu verstehen.

4) Soweit das anwendbare Abkommen oder dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, ist die Steuerverwaltung die nach dem anwendbaren Abkommen zuständige liechtensteinische Behörde.

5) Unter den in diesem Gesetz verwendeten Personen- und Funktionsbezeichnungen sind Angehörige des männlichen und weiblichen Geschlechts zu verstehen.

II. Pflichten liechtensteinischer Rechtsträger

Art. 3

Aktive NFE

1) Liechtensteinische Rechtsträger, die als aktive NFE zu klassifizieren sind, haben vorbehaltlich allfälliger sich indirekt ergebender Dokumentations-, Nachweis- und Selbstdeklarationserfordernisse gegenüber anderen in- und ausländischen Finanzinstituten keine Pflichten nach diesem Gesetz.

2) Für Zwecke der Feststellung, ob der Vertragspartner als aktiver NFE zu klassifizieren ist, findet Art. 7 Abs. 6 sinngemäss Anwendung.

Art. 4

Klassifizierungs-, Dokumentations- und Mitteilungspflichten

1) Liechtensteinische Rechtsträger, die nicht als aktive NFE zu klassifizieren sind, haben sich als Finanzinstitut oder als passiver NFE zu klassifizieren.

2) Liechtensteinische Rechtsträger können sich freiwillig als Finanzinstitut klassifizieren.

3) Die Klassifizierung hat zu erfolgen:

a) für bestehende liechtensteinische Rechtsträger innerhalb eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes;

b) für neue liechtensteinische Rechtsträger unverzüglich.

4) Änderungen der Klassifizierung sind unverzüglich vorzunehmen.

5) Die Klassifizierung und Änderungen der Klassifizierung sind vom liechtensteinischen Rechtsträger zu dokumentieren. Für Zwecke der Dokumentation erlässt die Regierung mit Verordnung nähere Bestimmungen zu den Mindestanforderungen der zu verwendenden Formulare.

6) Die Klassifizierung als passiver NFE und Änderungen dieser Klassifizierung sind den jeweils meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten innerhalb der Fristen nach Abs. 3 und 4 mitzuteilen. Kommt ein liechtensteinischer Rechtsträger dieser Mitteilungspflicht nicht nach, so ist er ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut, das die entsprechenden Pflichten nach den anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz wahrzunehmen hat.

Art. 5

Mitteilungspflichten von passiven NFE

1) Liechtensteinische passive NFE haben den jeweils meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten unaufgefordert alle beherrschenden Personen einschliesslich der auszutauschenden Informationen nach Art. 9 Abs. 2 Bst. a mitzuteilen. Art. 7 Abs. 12 findet sinngemäss Anwendung. Die beherrschenden Personen des passiven NFE sind nach Art. 2 Abs. 1 Bst. e des Sorgfaltspflichtgesetzes zu bestimmen.

2) Liechtensteinische passive NFE haben angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um die Steueridentifikationsnummer(n) der beherrschenden Personen und, im Falle einer natürlichen Person, das Geburtsdatum für Zwecke der Mitteilung nach Abs. 1 zu beschaffen.

- 3) Die Mitteilung hat zu erfolgen:
- a) für bestehende liechtensteinische passive NFE innerhalb von 18 Monaten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes;
 - b) für neue liechtensteinische passive NFE unverzüglich.
- 4) Änderungen der beherrschenden Personen sind den meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten unverzüglich mitzuteilen.
- 5) Liechtensteinische passive NFE sind für die Richtigkeit und Vollständigkeit der mitgeteilten Informationen verantwortlich. Meldende liechtensteinische Finanzinstitute haben von der Richtigkeit und Vollständigkeit der mitgeteilten Informationen auszugehen.
- 6) Kommt ein liechtensteinischer passiver NFE der Mitteilungspflicht innerhalb der Fristen nach Abs. 3 und 4 nicht nach, so haben meldende liechtensteinische Finanzinstitute von der Richtigkeit und Vollständigkeit der auszutauschenden Informationen, die ihnen vorliegen, auszugehen. Meldende liechtensteinische Finanzinstitute haben diese passiven NFE unverzüglich der Steuerverwaltung zu melden.

III. Pflichten liechtensteinischer Finanzinstitute

Art. 6

Klassifizierungs- und Dokumentationspflicht

- 1) Liechtensteinische Finanzinstitute haben sich als meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut oder als nicht meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut zu klassifizieren.
- 2) Art. 4 Abs. 3 bis 5 findet sinngemäss Anwendung.

Art. 7

AIA-Sorgfaltspflichten

- 1) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute müssen meldepflichtige Konten identifizieren. Bei der Identifizierung sind die im anwendbaren Abkommen enthaltenen Verfahren zur Erfüllung der AIA-Sorgfaltspflichten anzuwenden.
- 2) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können Begünstigte eines passiven NFE, die als beherrschende Personen gelten, gleich bestimmen wie Begünstigte eines Investmentunternehmens, die als Kontoinhaber gelten.

3) Bei bestehenden Konten von Rechtsträgern hat ein meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut die beherrschenden Personen eines passiven NFE nach Art. 2 Abs. 1 Bst. e des Sorgfaltspflichtgesetzes zu bestimmen.

4) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können anwenden:

- a) die AIA-Sorgfaltspflichten betreffend Konten von hohem Wert für alle oder eine genau bestimmte Gruppe von Konten von geringem Wert;
- b) die AIA-Sorgfaltspflichten betreffend Neukonten für alle oder eine genau bestimmte Gruppe bestehender Konten; die übrigen Vorschriften für bestehende Konten sind weiterhin anwendbar.

5) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können:¹⁷

- a) für Zwecke des AIA-Abkommens Liechtenstein-EU bei bestimmten oder allen bestehenden Konten von Rechtsträgern, die am 31. Dezember 2015 einen Saldo oder Wert von höchstens 250 000 US-Dollar aufweisen, auf eine Überprüfung, Identifizierung und Meldung verzichten, bis der Gesamtkontosaldo oder -wert zum letzten Tag eines darauffolgenden Kalenderjahres 250 000 US-Dollar übersteigt;
- b) in den übrigen Fällen bei bestimmten oder allen bestehenden Konten von Rechtsträgern, die am 31. Dezember 2016 einen Gesamtkontosaldo oder -wert von höchstens 250 000 US-Dollar aufweisen, auf eine Überprüfung, Identifizierung und Meldung verzichten, bis der Saldo oder Wert zum letzten Tag eines darauffolgenden Kalenderjahres 250 000 US-Dollar übersteigt.

6) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können in Ausübung der AIA-Sorgfaltspflichten bei bestehenden Konten von Rechtsträgern als Beleg jede in ihren Unterlagen in Bezug auf den Kontoinhaber dokumentierte Einstufung verwenden, die vorgenommen worden war, bevor das Finanzkonto als bestehendes Konto eingestuft wurde, und die auf einem standardisierten Kodierungssystem der Branche beruht, welches sie in Übereinstimmung mit ihrer üblichen Geschäftspraxis zur Bekämpfung der Geldwäscherei oder zu anderen gesetzlichen Zwecken, ausser zu Steuerzwecken, verwenden, sofern ihnen nicht bekannt ist oder nicht bekannt sein müsste, dass diese Einstufung nicht zutreffend oder unglaubwürdig ist.

7) Eine Selbstauskunft ist gültig, bis eine Änderung der Gegebenheiten eintritt, aufgrund der dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut bekannt wird oder bekannt werden müsste, dass die ursprüngliche Selbstauskunft nicht zutreffend oder unglaubwürdig ist. Wer eine Selbstauskunft nach dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz erteilt hat, muss dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut bei einer Änderung der

Gegebenheiten die neu zutreffenden Angaben im Rahmen der Selbstauskunft mitteilen.

8) Bestehende Konten natürlicher Personen müssen ab Beginn der Anwendbarkeit des automatischen Informationsaustauschs mit einem Partnerstaat innerhalb folgender Fristen überprüft werden:

- a) Konten von hohem Wert: innerhalb eines Jahres;
- b) Konten von geringerem Wert: innerhalb zweier Jahre.

9) Bestehende Konten von Rechtsträgern müssen innerhalb von zwei Jahren ab Beginn der Anwendbarkeit des automatischen Informationsaustauschs mit einem Partnerstaat überprüft werden.

10) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können die AIA-Sorgfaltspflichten ab Inkrafttreten dieses Gesetzes sinngemäss auch auf Finanzkonten anwenden, die im Zeitpunkt der Durchführung der AIA-Sorgfaltspflichten nicht als meldepflichtige Konten gelten. Sie können für diese Zwecke die Steueridentifikationsnummer der meldepflichtigen Personen sowie der Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, erheben. Abs. 2 bis 7 finden sinngemäss Anwendung.

11) Für Zwecke des Abs. 10 können meldende liechtensteinische Finanzinstitute die Fristen nach Abs. 8 und 9 ab Inkrafttreten dieses Gesetzes anwenden.

12) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute müssen angemessene organisatorische Massnahmen treffen, die sicherstellen, dass ihnen alle Informationen vorliegen, die nach dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz erhoben werden müssen.

13) Liegen einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, ausgenommen einem Investmentunternehmen, 90 Tage nach Eröffnung eines Neukontos Name, Anschrift und Geburtsdatum des Kontoinhabers und der beherrschenden Personen nicht vor, so schliesst es das Konto. Es steht ihm ein ausserordentliches Kündigungsrecht zu. Vorbehalten bleiben Art. 17 und 18 des Sorgfaltspflichtgesetzes.

14) Liegen einem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut, ausgenommen einem Investmentunternehmen, 90 Tage nach Eröffnung eines Neukontos die nach dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz notwendigen Informationen nicht vor, so bleibt das Konto für alle Zu- und Abgänge so lange gesperrt, bis ihm alle Informationen vorliegen. Das meldende liechtensteinische Finanzinstitut kann die Frist von 90 Tagen auf höchstens ein Jahr verlängern, wenn besondere Gründe für das Nichtvorliegen der Informationen bestehen.

15) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, die zur Durchführung der AIA-Sorgfaltspflichten unternommenen Schritte und herangezogenen Nachweise zu dokumentieren. Sie haben diese Dokumentation während zehn Jahren nach dem Ablauf des letzten Kalenderjahres, in dem das meldende liechtensteinische Finanzinstitut entsprechende Informationen zu melden hatte, aufzubewahren.¹⁸

Art. 8

Registrierungspflicht

1) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute, die meldepflichtige Konten nach Art. 7 identifiziert haben, müssen sich unaufgefordert bei der Steuerverwaltung registrieren.

2) Die Registrierung hat bis zum 31. Mai des Kalenderjahres zu erfolgen, das der Identifizierung meldepflichtiger Konten folgt.

3) Endet die Eigenschaft als meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut oder wird die Geschäftstätigkeit aufgegeben, so hat sich das Finanzinstitut bei der Steuerverwaltung unaufgefordert abzumelden.

Art. 9

Meldepflicht

1) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute haben in Bezug auf jedes meldepflichtige Konto sowie auf jedes nicht dokumentierte Konto die nach dem anwendbaren Abkommen auszutauschenden Informationen für den im anwendbaren Abkommen genannten Zeitraum zu beschaffen und in der dort genannten Form der Steuerverwaltung zu melden. Art. 20 Abs. 2 findet sinngemäss Anwendung.

2) Die auszutauschenden Informationen umfassen:

- a) Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) sowie Geburtsdatum (bei natürlichen Personen) jeder meldepflichtigen Person, die Inhaber des Kontos ist, sowie bei einem Rechtsträger, der Kontoinhaber ist, Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en) und Steueridentifikationsnummer(n) des Rechtsträgers sowie Name, Anschrift, Ansässigkeitsstaat(en), Steueridentifikationsnummer(n) und Geburtsdatum jeder meldepflichtigen beherrschenden Person;
- b) Kontonummer oder funktionale Entsprechung, wenn keine Kontonummer vorhanden ist;
- c) Name und Identifikationsnummer des meldenden Finanzinstituts;

- d) Kontostand oder -wert, einschliesslich des Barwerts oder Rückkaufwerts bei rückkaufsfähigen Versicherungs- oder Rentenversicherungsverträgen, zum Ende des betreffenden Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums oder zum Zeitpunkt der Kontoauflösung, wenn das Konto im Laufe des Jahres beziehungsweise Zeitraums aufgelöst wurde;
- e) bei Verwahrkonten:
1. Gesamtbruttobetrag der Zinsen, Gesamtbruttobetrag der Dividenden und Gesamtbruttobetrag anderer Einkünfte, die mittels der auf dem Konto vorhandenen Vermögenswerte erzielt und jeweils auf das Konto, oder in Bezug auf das Konto, im Laufe des Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums eingezahlt oder dem Konto gutgeschrieben wurden; sowie
 2. Gesamtbruttoerlöse aus der Veräusserung oder dem Rückkauf von Vermögensgegenständen, die während des Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums auf das Konto eingezahlt oder dem Konto gutgeschrieben wurden und für die das meldende Finanzinstitut als Verwahrstelle, Makler, Bevollmächtigter oder anderweitig als Vertreter für den Kontoinhaber tätig war;
- f) bei Einlagenkonten der Gesamtbruttobetrag der Zinsen, die während des Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums auf das Konto eingezahlt oder dem Konto gutgeschrieben wurden; und
- g) bei allen anderen Konten, die nicht unter Bst. e oder f fallen, der Gesamtbruttobetrag, der in Bezug auf das Konto während des Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums an den Kontoinhaber gezahlt oder ihm gutgeschrieben wurde und für den das meldende Finanzinstitut Schuldner ist, einschliesslich der Gesamthöhe aller Einlösungsbeträge, die während des Kalenderjahrs oder eines anderen geeigneten Meldezeitraums an den Kontoinhaber geleistet wurden.
- 3) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, angemessene Anstrengungen zu unternehmen, um bei bestehenden Konten die Steueridentifikationsnummer(n) und, im Falle einer natürlichen Person, das Geburtsdatum bis zum Ende des zweiten Kalenderjahres, das dem Jahr folgt, in dem diese Konten als meldepflichtige Konten identifiziert wurden, zu beschaffen.
 - 4) Für die Zwecke der Meldungen können der Betrag und die Einordnung von Zahlungen zugunsten eines meldepflichtigen Kontos nach den Grundsätzen des liechtensteinischen Steuerrechts bestimmt werden.

5) Ungeachtet Abs. 1 sind für das Kalenderjahr des Inkrafttretens dieses Gesetzes die in Abs. 2 beschriebenen Informationen zu melden, ausgenommen die unter Abs. 2 Bst. e Ziff. 2 beschriebenen Bruttoerlöse.

6) Stirbt eine meldepflichtige Person, so behandelt das meldende liechtensteinische Finanzinstitut, ausgenommen ein Investmentunternehmen, ihr Konto so wie vor dem Tod, bis ihm der Nachlass mit eigener Rechtspersönlichkeit oder die berechtigten Erben mitgeteilt werden.

7) Meldungen an die Steuerverwaltung haben innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres entsprechend den Vorgaben der Steuerverwaltung zu erfolgen.

8) Hat die zuständige Behörde eines Partnerstaates Informationen erhalten, die nachträglich infolge eines rechtskräftigen Entscheids oder aufgrund eines Verfahrens nach Art. 12 Abs. 2 berichtigt wurden, so übermittelt das meldende liechtensteinische Finanzinstitut die berichtigten Informationen unverzüglich der Steuerverwaltung.

9) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, die auszutauschenden Informationen bis zum Ablauf der maximalen Verjährungsfristen nach Art. 35 aufzubewahren. Vorbehaltlich sonstiger Rechtsvorschriften sind die auszutauschenden Informationen, welche der Steuerverwaltung übermittelt wurden, nach Ablauf der Verjährungsfristen zu vernichten.

Art. 10

Informationspflicht der meldenden liechtensteinischen Finanzinstitute und Weiterleitungspflicht der Rechtsträger

1) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, spätestens am 31. März des Jahres, in dem erstmals sie betreffende Informationen an die Steuerverwaltung übermittelt werden, zu informieren über:

- a) ihre Eigenschaft als meldendes liechtensteinisches Finanzinstitut;
- b) die jeweils anwendbaren Abkommen, deren Inhalt und deren Zweck;
- c) den Partnerstaat oder die Partnerstaaten an die eine Meldung erfolgt;
- d) die aufgrund der anwendbaren Abkommen auszutauschenden Informationen;
- e) die zulässige Nutzung der auszutauschenden Informationen nach Art. 15 und 16;

f) die Rechte der meldepflichtigen Personen und der Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, nach dem Datenschutzgesetz (DSG) und diesem Gesetz, insbesondere das Auskunftsrecht sowie das Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten.

2) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, über jede Änderung der nach Abs. 1 erteilten Informationen spätestens am 31. März des Jahres, in dem erstmals sie betreffende geänderte Informationen an die Steuerverwaltung übermittelt werden, zu informieren.

3) Bei einem Rechtsträger, der Kontoinhaber ist und für den eine oder mehrere beherrschende Personen ermittelt wurden, erfolgt die Zustellung der Information der meldepflichtigen Personen an den Rechtsträger. Liechtensteinische Rechtsträger haben die Information den meldepflichtigen Personen unverzüglich weiterzuleiten.

4) Bei meldepflichtigen Konten, die geschlossen worden sind, erfolgt die Information einmalig an die letzte bekannte Adresse. Bei nachrichtenlosen Konten kann die Information ausbleiben.

Art. 11

Inanspruchnahme von Dienstleistern

Meldende liechtensteinische Finanzinstitute können zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen, die ihnen durch das anwendbare Abkommen und dieses Gesetz auferlegt werden, Dienstleister in Anspruch nehmen. Die Verantwortung für die Erfüllung der Verpflichtungen liegt weiterhin bei den meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten.

IV. Rechte und Pflichten der meldepflichtigen Personen und der Rechtsträger, die Kontoinhaber sind

Art. 12

Gegenüber meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten

1) In Bezug auf auszutauschende Informationen, die von meldenden liechtensteinischen Finanzinstituten geführt werden, stehen den meldepflichtigen Personen und den Rechtsträgern, die Kontoinhaber sind, die Rechte nach dem Datenschutzgesetz zu. Art. 24 DSG ist nicht anwendbar.

2) Eine meldepflichtige Person und ein Rechtsträger, der Kontoinhaber ist, können gegenüber dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut schriftlich die Berichtigung unrichtiger auszutauschender Informationen verlangen.

3) Eine Berichtigung unrichtiger auszutauschender Informationen kann vor Meldung an die Steuerverwaltung nach Art. 9 nur verlangt werden, wenn dem meldenden liechtensteinischen Finanzinstitut die nach dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz notwendigen Informationen bis spätestens 31. Mai des Kalenderjahres, in dem eine Meldung an die Steuerverwaltung erfolgt, vorgelegt werden.

4) Im Falle einer Klage und einstweiligen Verfügung (sichernde Massnahme) zum Schutz der Persönlichkeit nach Art. 37 Abs. 1 DSG ist das meldende liechtensteinische Finanzinstitut erst nach Rechtskraft des Urteils über die Richtigkeit der auszutauschenden Informationen verpflichtet, die Informationen an die Steuerverwaltung zu übermitteln.

Art. 13

Gegenüber der Steuerverwaltung

1) In Bezug auf auszutauschende Informationen, die von der Steuerverwaltung geführt werden, können meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, das Auskunftsrecht geltend machen.

2) Eine Berichtigung unrichtiger auszutauschender Informationen, deren Unrichtigkeit auf Übermittlungsfehlern beruht, kann vor Weiterleitung der Informationen durch die Steuerverwaltung nach Art. 14 nur verlangt werden, wenn sie bis zum 31. August des Kalenderjahres, in dem die Informationen durch die Steuerverwaltung zu übermitteln sind, schriftlich beantragt wird. Zu diesem Zweck müssen meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten namhaft machen.

3) Art. 12 Abs. 4 findet sinngemäss Anwendung.

V. Weiterleitung der Informationen durch die Steuerverwaltung

Art. 14

Grundsatz

1) Die Steuerverwaltung übermittelt die im anwendbaren Abkommen genannten Informationen sowie berichtigte Informationen nach Art. 9 Abs. 8 in der im anwendbaren Abkommen genannten Form in einem automatisierten Verfahren innerhalb der im anwendbaren Abkommen festgelegten Fristen an die zuständige Behörde des jeweiligen Partnerstaates.

2) Die Steuerverwaltung ist nicht verpflichtet, Informationen weiterzuleiten, wenn die Übermittlung der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) des Fürstentums Liechtenstein widerspricht.

3) Die Steuerverwaltung ist nicht verpflichtet, Informationen oder Teile davon weiterzuleiten, wenn die zuständige ausländische Behörde nicht in der Lage ist, die vergleichbaren Informationen betreffend liechtensteinische meldepflichtige Konten der Steuerverwaltung zur Verfügung zu stellen.

4) Die Steuerverwaltung hat die ausgetauschten Informationen bis zum Ablauf der maximalen Verjährungsfristen nach Art. 35 aufzubewahren. Ungeachtet von Art. 25 DSGVO sind die ausgetauschten Informationen nach Ablauf der maximalen Verjährungsfristen zu vernichten.

VI. Vertraulichkeit und Datenschutz

Art. 15

Vertraulichkeit

1) Sämtliche auszutauschenden Informationen, welche die zuständige Behörde eines Partnerstaates erhält, sind ebenso vertraulich zu behandeln wie aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Partnerstaates beschaffte Informationen.

2) Diese Informationen dürfen nur den Personen oder Behörden (einschliesslich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, mit der Entscheidung von Rechtsmitteln in Bezug auf Steuern eines Partnerstaates oder mit der Aufsicht über diese Per-

sonen oder Behörden befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die ausgetauschten Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die ausgetauschten Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

3) Ungeachtet Abs. 1 und 2 kann ein Partnerstaat die ausgetauschten Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht des Partnerstaates und dem liechtensteinischen Recht für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die Steuerverwaltung dieser anderen Verwendung zustimmt.

Art. 16

Verbot der Weiterleitung der ausgetauschten Informationen an Drittstaaten

Die Weiterleitung von ausgetauschten Informationen an Drittstaaten ist unzulässig. Die Steuerverwaltung teilt dies der zuständigen Behörde des Partnerstaates mit.

Art. 17

Datenbearbeitung und Datensicherheit

1) Die Steuerverwaltung ist im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung befugt, auszutauschende Informationen, einschliesslich Personendaten, besonders schützenswerte Personendaten über administrative und strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen in Steuersachen sowie Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten. Sie kann zu diesem Zweck ein Informationssystem betreiben.

2) Auszutauschende Informationen, die von der Steuerverwaltung und der zuständigen Behörde des Partnerstaates bearbeitet werden, müssen durch angemessene technische und organisatorische Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten geschützt werden.

3) Die Regierung erlässt mit Verordnung nähere Bestimmungen über die Mindestanforderungen an die Datensicherheit betreffend auszutauschende Informationen.

4) Die Datenschutzstelle ist für die Überwachung der gesetzmässigen Bearbeitung von auszutauschenden Informationen zuständig.

Art. 18

Sicherheitsverletzungen

1) Die Steuerverwaltung unterrichtet meldende liechtensteinische Finanzinstitute über eine Sicherheitsverletzung betreffend Informationen, die bei der Steuerverwaltung bearbeitet werden, wenn durch diese Verletzung eine Beeinträchtigung des Schutzes personenbezogener Daten von meldepflichtigen Personen oder Rechtsträgern, die Kontoinhaber sind, oder deren Privatsphäre zu erwarten ist.

2) Abs. 1 gilt sinngemäss bei einer Sicherheitsverletzung betreffend Informationen, die bei der zuständigen Behörde des Partnerstaates bearbeitet werden, sofern die Steuerverwaltung hierüber benachrichtigt wird.

3) Meldende liechtensteinische Finanzinstitute sind verpflichtet, meldepflichtige Personen und Rechtsträger, die Kontoinhaber sind, unverzüglich über eine Sicherheitsverletzung nach Abs. 1 und 2 zu informieren.

4) Art. 10 Abs. 3 findet sinngemäss Anwendung.

5) Die Steuerverwaltung informiert die Datenschutzstelle über eine Sicherheitsverletzung nach Abs. 1 und 2.

VII. Verfahrensbestimmungen

Art. 19

Organisation und Verfahren

1) Die Steuerverwaltung erlässt alle Verfügungen und trifft alle Entscheidungen, die für die Anwendung des anwendbaren Abkommens und dieses Gesetzes notwendig sind.

2) Sie kann die Verwendung bestimmter Formulare in elektronischer Form vorschreiben.

Art. 20

Auskunftspflicht

1) Liechtensteinische Rechtsträger haben der Steuerverwaltung sowie den unabhängigen Dritten (Art. 21) Auskunft über alle Tatsachen zu erteilen, die für die Umsetzung des anwendbaren Abkommens und dieses Gesetzes notwendig sind.

2) Gesetzliche Vorschriften über Daten-, Berufs- oder Geschäftsgeheimnisse stehen der Herausgabe der Informationen nach Abs. 1 nicht entgegen, ausser es handelt sich um Informationen, die vom Geheimnisschutz nach § 108 Abs. 1 Ziff. 2 StPO erfasst sind und deren Herausgabe eine unzulässige Umgehung des Geheimnisschutzes im Sinne von § 108 Abs. 3 StPO bedeuten würde. Liechtensteinische Rechtsträger sind im entsprechenden Umfang von ihren Geheimhaltungspflichten entbunden.

Art. 21

Kontrolle

1) Zur Überprüfung der Erfüllung der Pflichten der liechtensteinischen Rechtsträger werden Kontrollen durchgeführt. Die Kontrolle erfolgt durch die Steuerverwaltung oder gemäss ihren Vorgaben durch unabhängige Dritte. Als unabhängige Dritte qualifizieren ausschliesslich Wirtschaftsprüfer, Revisionsgesellschaften und spezialgesetzliche Revisionsstellen im Sinne von Art. 26 FMAG.

2) Die unabhängigen Dritten unterliegen der Geheimhaltungspflicht nach Art. 25. Vorbehalten bleibt die Berichterstattung nach Abs. 5.

3) Die Kosten der unabhängigen Dritten tragen die kontrollierten liechtensteinischen Rechtsträger. Unabhängige Dritte haben vor Prüfbeginn einen Kostenvoranschlag zu erstellen. Die Kosten haben sich dabei nach den anwendbaren branchenüblichen Tarifen zu richten und müssen in Bezug auf den Zweck der Kontrolltätigkeit verhältnismässig sein.

4) Liechtensteinische Rechtsträger haben der Steuerverwaltung und den unabhängigen Dritten unbeschränkten Zugang zu allen Informationen zu gewähren, die im Zusammenhang mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz relevant sind und die diese daher zur Durchführung der Kontrollen für notwendig erachten.

5) Die unabhängigen Dritten reichen der Steuerverwaltung einen Kontrollbericht nach den Vorgaben der Steuerverwaltung ein.

Art. 22

Herstellung des ordnungsgemässen Zustands

1) Die Steuerverwaltung fordert den betroffenen liechtensteinischen Rechtsträger formlos auf, innerhalb einer angemessenen Frist den ordnungsgemässen Zustand herzustellen, wenn:

- a) Grund zur Annahme besteht, dass verwaltungstechnische oder sonstige geringfügige Fehler zu einer unrichtigen oder unvollständigen Informationsübermittlung oder sonstigen Verstössen gegen das anwendbare Abkommen oder dieses Gesetz geführt haben könnten; oder
- b) die Steuerverwaltung feststellt, dass ein liechtensteinischer Rechtsträger die Verpflichtungen nach dem anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz in erheblichem Umfang nicht einhält.

2) Die Frist nach Abs. 1 kann in begründeten Fällen angemessen verlängert werden. Wird der Fehler nicht fristgerecht behoben, so erlässt die Steuerverwaltung eine entsprechende Verfügung.

3) Im Falle einer erheblichen Nichteinhaltung nach Abs. 1 Bst. b und der Nichtherstellung des ordnungsgemässen Zustands nach Rechtskraft einer Verfügung nach Abs. 2 bleibt die Verhängung einer Busse nach Art. 27 bis 30 vorbehalten.

Art. 23

Anwendbares Verfahrensrecht

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, ist das Gesetz über die allgemeine Landesverwaltungspflege (LVG) anwendbar.

Art. 24

Rechtsmittel

1) Gegen Verfügungen der Steuerverwaltung nach diesem Abschnitt kann innert 30 Tagen ab Zustellung schriftlich Einsprache erhoben werden.

2) Die Einsprache hat die Anträge zu enthalten und die zur Begründung dienenden Tatsachen anzugeben.

3) Wurde gültig Einsprache erhoben, so überprüft die Steuerverwaltung die Verfügung ohne Bindung an die gestellten Anträge und erlässt eine begründete Einspracheentscheidung.

4) Auf die Rechtsmittel und das Verfahren finden die Bestimmungen der Art. 117 und 118 SteG sinngemäss Anwendung.

Art. 25

Geheimhaltungspflichten

1) Wer mit dem Vollzug der Bestimmungen des anwendbaren Abkommens und dieses Gesetzes betraut ist oder zu deren Vollzug beigezogen wird, unterliegt dem Amtsgeheimnis und hat gegenüber anderen Stellen und Privaten über die in Ausübung dieser Tätigkeit gemachten Wahrnehmungen Stillschweigen zu bewahren und Einsicht in amtliche Akten zu verweigern.

2) Keine Geheimhaltungspflicht besteht:

- a) für die Steuerverwaltung bei Meldungen und Erteilung von Auskünften an die zuständige Behörde des Partnerstaates nach den anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz;
- b) gegenüber liechtensteinischen Organen der Rechtspflege, die mit dem Vollzug des anwendbaren Abkommens und dieses Gesetzes betraut sind;
- c) gegenüber liechtensteinischen Organen der Rechtspflege, der Staatsanwaltschaft und der Landespolizei bei der Untersuchung von gerichtlich strafbaren Handlungen;
- d) gegenüber liechtensteinischen Aufsichtsbehörden und Stellen, die für die Verhängung von Aufsichts- und Disziplinarmaßnahmen gegen Rechtsträger zuständig sind;
- e) soweit dafür eine gesetzliche Grundlage besteht.

3) Die Geheimhaltungspflichten der in § 108 Abs. 1 Ziff. 2 StPO genannten Personen, einschliesslich das von § 108 Abs. 3 StPO normierte Umgehungsverbot, bleiben von Abs. 2 unberührt.

VIII. Missbrauchsbestimmungen

Art. 26

Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten

1) Rechtliche oder tatsächliche Gestaltungen, deren hauptsächlicher Zweck in der Umgehung der Pflichten nach einem anwendbaren Abkommen oder diesem Gesetz besteht, sind missbräuchlich.

2) Liechtensteinische Rechtsträger dürfen Strukturen in Zusammenhang mit missbräuchlichen Gestaltungen nach Abs. 1 weder selber verwalten noch deren Verwendung unterstützen.

3) Liegt ein Missbrauch vor, müssen liechtensteinische Rechtsträger ihren Pflichten nach den anwendbaren Abkommen und diesem Gesetz nachkommen, wie sie ohne die missbräuchliche Gestaltung zu erfüllen wären.

IX. Strafbestimmungen

Art. 27

Landgericht

1) Vom Landgericht wird mit Busse bis zu 250 000 Franken bestraft, wer vorsätzlich folgende Pflichten verletzt:

- a) die Klassifizierungs-, Dokumentations- oder Mitteilungspflichten nach Art. 4;
- b) die Mitteilungspflichten von passiven NFE nach Art. 5;
- c) die Klassifizierungs- oder Dokumentationspflicht nach Art. 6;
- d) die AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7;
- e) die Registrierungspflicht nach Art. 8;
- f) die Meldepflicht nach Art. 9;
- g) das Verbot nach Art. 26 Abs. 2.

2) Bei Fahrlässigkeit beträgt die Busse nach Abs. 1 bis zu 100 000 Franken.

Steuerverwaltung

Art. 28

a) Pflichtverletzungen und Vereitelung von Kontrollen

Von der Steuerverwaltung wird mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft, wer die Durchführung des anwendbaren Abkommens und dieses Gesetzes gefährdet, indem er vorsätzlich oder fahrlässig:

- a) die Meldepflichten des meldenden liechtensteinischen Finanzinstituts gegenüber der Steuerverwaltung nach Art. 5 Abs. 6 verletzt;

- b) die Pflicht zur Kontoschliessung und Kontosperre nach Art. 7 Abs. 13 und 14 verletzt;
- c) die Informations- oder Weiterleitungspflicht nach Art. 10 und 18 verletzt;
- d) die Auskunftspflicht nach Art. 20 verletzt;
- e) die ordnungsgemässe Durchführung einer Kontrolle nach Art. 21 erschwert, behindert oder verunmöglicht.

Art. 29

b) Falsche Selbstauskunft

Von der Steuerverwaltung wird mit Busse bis zu 10 000 Franken bestraft, wer einem liechtensteinischen Finanzinstitut vorsätzlich oder fahrlässig eine falsche Selbstauskunft erteilt, Änderungen der Gegebenheiten nicht mitteilt oder über Änderungen der Gegebenheiten falsche Angaben macht.

Art. 30

c) Ordnungswidrigkeit

Von der Steuerverwaltung wird mit Busse bis zu 5 000 Franken bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

- a) einer Ausführungsbestimmung zu diesem Gesetz zuwiderhandelt, sofern deren Übertretung für strafbar erklärt wird;
- b) gegen eine an ihn gerichtete amtliche Verfügung verstösst, welche auf die Strafandrohung dieses Artikels hinweist.

Art. 31

Rechtsmittel im Verwaltungsstrafverfahren

1) Verwaltungsstrafentscheidungen der Steuerverwaltung nach Art. 28 bis 30 können binnen 14 Tagen ab Zustellung bei der Landessteuerkommission angefochten werden.

2) Beschwerdeentscheidungen der Landessteuerkommission können binnen 14 Tagen ab Zustellung beim Verwaltungsgerichtshof angefochten werden.

Art. 32

Verwaltungsrechtliche Verfahrensvorschriften

In einem Verfahren nach Art. 28 bis 30 finden, soweit in diesem Gesetz keine abweichenden Vorschriften bestehen, Art. 152 bis 159 LVG sinngemäss Anwendung.

Art. 33

Strafgerichtliche Verfahrensvorschriften

Für ein Verfahren wegen Pflichtverletzung nach Art. 27 gelten die Vorschriften über das strafgerichtliche Verfahren.

Art. 34

Verantwortlichkeit juristischer Personen

1) Werden die Widerhandlungen durch eine juristische Person begangen, so wird die juristische Person gebüsst.

2) Für die verhängten Bussen haften die handelnden Organe zur ungeteilten Hand, sofern die Busse von der juristischen Person nicht bezahlt wird.

Art. 35

Verjährung

1) Die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung verjähren bei Widerhandlungen nach Art. 27 bis 30 in fünf Jahren.

2) Die Verjährung der Strafverfolgung beginnt nach Ablauf des Jahres, in welchem die Gesetzesverletzung letztmals begangen wurde. Sie ist gehemmt, solange die tatverdächtige Person im Ausland ist. Die Verjährung wird durch jede gegen die tatverdächtige Person gerichtete Untersuchungshandlung unterbrochen. Nach jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist von neuem. Die ursprüngliche Verjährungsfrist kann nicht mehr als verdoppelt werden.

3) Die Verjährung der Strafvollstreckung beginnt mit dem rechtskräftigen Abschluss des Strafverfahrens. Sie ist gehemmt, solange die Strafe im Inland nicht vollzogen werden kann. Die Verjährung des Strafvollzuges wird durch jede gegen die verurteilte Person gerichtete Vollstreckungshandlung unterbrochen. Nach jeder Unterbrechung beginnt die Verjährungsfrist

von neuem. Die ursprüngliche Verjährungsfrist kann nicht mehr als verdoppelt werden.

Art. 36

Mitteilungspflicht an die zuständigen Aufsichtsbehörden und Stellen

1) Verstossen liechtensteinische Rechtsträger in schwerwiegender Weise oder wiederholt gegen die Verpflichtungen nach einem anwendbaren Abkommen oder nach diesem Gesetz, meldet dies die Steuerverwaltung den für die Verhängung von Aufsichts- und Disziplarmassnahmen gegen die Rechtsträger zuständigen Aufsichtsbehörden und Stellen.

2) Die Steuerverwaltung meldet den für die Verhängung von Aufsichts- und Disziplarmassnahmen gegen die Rechtsträger zuständigen Aufsichtsbehörden und Stellen jährlich die Anzahl der gemeldeten nicht dokumentierten Konten je Finanzinstitut. Vorbehalten bleibt die Verhängung einer Busse nach Art. 27 bis 30.

X. Schlussbestimmungen

Art. 37

Durchführungsverordnungen

Die Regierung erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verordnungen.

Art. 38

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt unter Vorbehalt des ungenutzten Ablaufs der Referendumsfrist am 1. Januar 2016 in Kraft, andernfalls am Tag nach der Kundmachung.

In Stellvertretung des Landesfürsten:

gez. *Alois*

Erbprinz

gez. *Adrian Hasler*

Fürstlicher Regierungschef

Übergangsbestimmungen

354 G über den internationalen automatischen Informationsaustausch in
Steuersachen
(AIA-Gesetz)

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Jahrgang 2017 Nr. 293 ausgegeben am 25. Oktober 2017

Gesetz
vom 7. September 2017
über die Abänderung des AIA-Gesetzes

...

II.
Übergangsbestimmung

Müssen aufgrund der Bestimmungen des Art. 2 Abs. 1 Ziff. 18 Bst. b, Ziff. 20 Bst. b, Ziff. 21 Bst. b, Ziff. 22 Bst. b sowie Art. 7 Abs. 5 Bst. b die AIA-Sorgfaltspflichten nach Art. 7 nachgeholt werden, so hat dies bis zum 31. Dezember 2018 zu erfolgen.

...

-
- 1 Bericht und Antrag sowie Stellungnahme der Regierung Nr. und
-
- 2 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 10 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 3 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 10a eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 4 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15a eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 5 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15b eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 6 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15c eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 7 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15d eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 8 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15e eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 9 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15f eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 10 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 15g eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 11 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 18 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 12 Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Europäischen Union über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten, [LGBL. 2005 Nr. 111](#) idF [LGBL. 2015 Nr. 354.](#)
-
- 13 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 20 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 14 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 21 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 15 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 22 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 16 Art. 2 Abs. 1 Ziff. 24a eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 17 Art. 7 Abs. 5 abgeändert durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)
-
- 18 Art. 7 Abs. 15 eingefügt durch [LGBL. 2017 Nr. 293.](#)

Liechtenstein Legal Gazette

2015

No. 355

published on 21 December 2015

Act of 5 November 2015 **on the International Automatic Exchange of Information in Tax Matters (AEOI Act)**

I hereby grant My consent to the following resolution adopted by the Liechtenstein Parliament:¹

I. General provisions

Art. 1

Object

1) This Act governs the implementation of the automatic exchange of information in tax matters (hereinafter “automatic exchange of information”) between the Principality of Liechtenstein and partner jurisdictions under international agreements (hereinafter “applicable agreements”), that provide for automatic exchange of financial account information on the basis of the OECD’s Common Reporting Standard.

2) It determines in particular:

- a) the obligations of Liechtenstein Entities;
- b) the obligations of Liechtenstein Financial Institutions;
- c) the rights and obligations of Reportable Persons and Entities, who are Account Holders;
- d) the transmission of information by the Fiscal Authority;
- e) the confidentiality and data safeguards;
- f) the applicable procedures;

¹ Report and Motion and response of the Government No. 73/2015 and 97/2015

- g) the anti-abuse provisions;
 - h) the penalties for contraventions of applicable agreements and this Act;
- 3) Differing provisions of the agreement applicable in individual cases remain reserved.

Art. 2

Definitions and designations

- 1) The following definitions are established for the purposes of this Act:
1. NFE (“Non-Financial Entity”): any Entity that is not a Financial Institution;
 2. Active NFE; any NFE that meets any of the following criteria:
 - a) less than 50% of the NFE’s gross income for the preceding calendar year or other appropriate reporting period is passive income and less than 50% of the assets held by the NFE during the preceding calendar year or other appropriate reporting period are assets that produce or are held for the production of passive income;
 - b) the stock of the NFE is regularly traded on an established securities market or the NFE is a Related Entity of an Entity the stock of which is regularly traded on an established securities market;
 - c) the NFE is a Governmental Entity, an International Organisation, a Central Bank or an Entity wholly owned by one or more of the foregoing;
 - d) substantially all of the activities of the NFE consist of holding (in whole or in part) of the outstanding stock of, or providing financing and services to, one or more subsidiaries that engage in trades or businesses other than the business of a Financial Institution, except that an Entity does not qualify for this status if the Entity functions (or holds itself out) as an investment fund, such as a private equity fund, venture capital fund, leveraged buyout fund or any investment vehicle whose purpose is to acquire or fund companies and then hold interests in those companies as capital assets for investment purposes;
 - e) the NFE is not yet operating a business and has no prior operating history, but is investing capital into assets with the intent to operate a business other than that of a Financial Institution; provided that the NFE does not qualify for this exception after the date that is 24 months after the date of the initial organisation of the NFE;
 - f) the NFE was not a Financial Institution in the past five years and is in the process of liquidating its assets or is reorganising with the intent to continue or recommence operations in a business other than that of a Financial Institution;
 - g) the NFE primarily engages in financing and hedging transactions with, or for, Related Entities that are not Financial Institutions and does not provide financing or hedging services to any Entity that is not a Related Entity, provided that the

group of any such Related Entities is primarily engaged in a business other than that of a Financial Institution; or

- h) the NFE meets all of the following requirements:
 - aa) it is established and operated in its jurisdiction of residence exclusively for religious, charitable, scientific, artistic, cultural, athletic, or educational purposes, or it is established and operated in its jurisdiction of residence and it is a professional organisation, business league, chamber of commerce, labour organisation, agricultural or horticultural organisation, civic league or an organisation operated exclusively for the promotion of social welfare;
 - bb) it is exempt from income tax in its jurisdiction of residence;
 - cc) it has no shareholders or members who have a proprietary or beneficial interest in its income or assets;
 - dd) the applicable law of the NFE's jurisdiction of residence or the NFE's formation documents do not permit any income and assets of the NFE to be distributed to, or applied for the benefit of, a private person or non-charitable Entity other than pursuant to the conduct of the NFE's charitable activities, or as payment of reasonable compensation for services rendered, or as payment representing the fair market value of property which the NFE has purchased; and
 - ee) the applicable law of the NFE's jurisdiction of residence or the NFE's formation documents require that, upon the NFE's liquidation or dissolution, all of its assets be distributed to a Governmental Entity or other non-profit organisation or escheat to the government of the NFE's jurisdiction of residence or any political subdivision thereof.

An Entity that exclusively and irrevocably pursues charitable purposes as defined in Art. 107 para. (4a) of the Persons and Companies Act (PGR) without the intention of generating a profit and pursuant to Art. 4 para. (2) of the Tax Act (SteG) is exempt from tax liability, is also deemed to be NFE as defined in letter h);

- 3. Passive NFE:
 - a) any NFE, that is not an Active NFE;
 - b) an Investment Entity described in subpara. (10) (b), that is not a Participating Jurisdiction Financial Institution;
- 4. Entity: a legal person or a legal arrangement, such as a corporation, partnership, trust or foundation;
- 5. Liechtenstein Entity:
 - a) an Entity that is resident in Liechtenstein or subject to Liechtenstein law, but excludes branches of such Entity located outside of Liechtenstein; or
 - b) a branch of an Entity not resident in Liechtenstein or not subject to Liechtenstein law, that is located in Liechtenstein;

6. Related Entity: an Entity that
 - a) is controlled by another Entity or controls another Entity; or
 - b) is under common control with another Entity.

For this purpose control includes direct or indirect ownership of more than 50 % of the vote and value in an Entity;
7. Financial Institution: a Custodial Institution, a Depository Institution, an Investment Entity or a Specified Insurance Company;
8. Custodial Institution: any Entity that holds, as a substantial portion of its business, Financial Assets for the account of others. An Entity holds Financial Assets for the account of others as a substantial portion of its business if the Entity's gross income attributable to the holding of Financial Assets and related financial services equals or exceeds 20 % of the Entity's gross income during the shorter of:
 - a) the three-year period that ends on 31 December or the final day of a non-calender year accounting period prior to the year in which the determination is being made; or
 - b) the period during which the Entity has been in existence;
9. Depository Institution: any Entity that accepts deposits in the ordinary course of a banking or similar business;
10. Investment Entity: any Entity:²
 - a) that primarily conducts as a business one or more of the following activities or operations for or on behalf of a customer:
 - aa) trading in money market instruments (cheques, bills, certificates of deposit, derivatives, etc.); foreign exchange; exchange, interest rate and index instruments; transferable securities or commodity futures trading;
 - bb) individual and collective portfolio management; or
 - cc) otherwise investing, administring, or managing Financial Assets or money on behalf of other persons; or
 - b) the gross income of which is primarily attributable to investing, reinvesting or trading in Financial Assets, if the Entity is managed by another Entity that is a Depository Institution, a Custodial Institution, a Specified Insurance Company or an Investment Entity described under letter a).

An Entity is treated as primarily conducting as a business one or more of the activities described in letter a) or an Entity's gross income is primarily attributable to investing, reinvesting or trading in Financial Assets for purposes of letter a), if the Entity's gross income attributable to the relevant activities equals or exceeds 50% of the Entity's gross income, during the shorter of:

² Art. 2 para. (1) subpara. (10) amended by LGBl. 2017 No. 293.

- the three-year period ending on 31 December of the year preceding the year in which the determination is made; or
- the period during which the Entity has been in existence.

The term "Investment Entity" does not include an Entity that is an Active NFE because it meets any of the criteria in subpara. (2).

Subpara. (10) shall be interpreted in a manner consistent with similar language set forth in the definition of "financial institution" in the Financial Action Task Force Recommendations;

- 10a. Financial Asset: security (for example, a share of stock in a corporation; partnership or beneficial ownership interest in a widely held or publicly traded partnership or trust; note, bond, debenture, or other evidence of indebtedness), partnership interest, commodity, swap (for example, interest rate swaps, currency swaps, basis swaps, interest rate caps, interest rate floors, commodity swaps, equity swaps, equity index swaps, and similar agreements), Insurance Contract or Annuity Contract, or any interest (including a futures or forward contract or option) in a security, partnership interest, commodity, swap, Insurance Contract, or Annuity Contract. The term "Financial Asset" does not include a non-debt, direct interest in real property;³
11. Specified Insurance Company: any Entity that is an insurance company or the holding company of an insurance company that issues, or is obligated to make payments with respect to, a Cash Value Insurance Contract or an Annuity Contract;
12. Liechtenstein Financial Institution:
- a) a Financial Institution resident in Liechtenstein or subject to Liechtenstein law, but excludes branches of that Financial Institution located outside Liechtenstein; or
 - b) a branch of a Financial Institution not resident in Liechtenstein or not subject to Liechtenstein law, that is located in Liechtenstein;
13. Reporting Financial Institution: any Financial Institution that is not a Non-Reporting Financial Institution;
14. Non-Reporting Financial Institution:
- a) a Governmental Entity, International Organisation or Central Bank, other than with respect to a payment that is derived from an obligation held in connection with a commercial financial activity of a type engaged in by a Specified Insurance Company, Custodial Institution or Depository Institution;
 - b) a Broad Participation Retirement Fund, a Narrow Participation Retirement Fund, a Pension Fund of a Governmental Entity, International Organisation or Central Bank or a Qualified Credit Card Issuer;
 - c) any other Entity that presents a low risk of being used to evade tax, has substantially similar characteristics to any of the Entities described in letter a) and b), and is defined in domestic law as a Non-Reporting Financial Institution,

³ Art. 2 para. (1) subpara. (10a) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

provided that the status of such Entity as a Non-Reporting Financial Institution does not frustrate the purposes of the Common Reporting Standard;

- d) an Exempt Collective Investment Vehicle; or
 - e) a trust to the extent that the trustee of the trust is a Reporting Financial Institution and reports all information required to be reported with respect to all Reportable Accounts of the trust;
15. Financial Account: an account maintained by a Financial Institution, and includes a Depository Account, a Custodial Account and:
- a) in the case of an Investment Entity, any equity and debt interest in the Financial Institution. Notwithstanding the above provision the term "Financial Account" does not include any equity or debt interest in an Entity that is an Investment Entity solely because it provides the following services for or on behalf of a customer:
 - aa) investment advice; or
 - bb) portfolio management;for the purpose of investing, managing or administering Financial Assets deposited in the name of the customer with a Financial Institution other than such Entity,
 - b) in the case of a Financial Institution not described under letter a) any equity or debt interest in the Financial Institution, if the class of interests was established with a purpose of avoiding reporting obligation; and
 - c) any Cash Value Insurance Contract and any Annuity Contract issued or maintained by a Financial Institution, other than a noninvestment-linked, non-transferable immediate life annuity that is issued to an individual and monetise a pension or disability benefit provided under an account that is an Excluded Account.

The term "Financial Account" does not include any account that is an Excluded Account;

15a. Depository Account: any commercial, checking, savings, time, or thrift account, or an account that is evidenced by a certificate of deposit, thrift certificate, investment certificate, certificate of indebtedness, or other similar instrument maintained by a Financial Institution in the ordinary course of a banking or similar business. A Depository Account also includes an amount held by an insurance company pursuant to a guaranteed investment contract or similar agreement to pay or credit interest thereon;⁴

15b. Custodial Account: an account (other than an Insurance Contract or Annuity Contract) that holds one or more Financial Assets for the benefit of another person;⁵

15c. Equity Interest: in the case of a partnership that is a Financial Institution, either a capital or profits interest in the partnership. In the case of a trust that is a Financial

⁴ Art. 2 para. (1) subpara. (15a) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

⁵ Art. 2 para. (1) subpara. (15b) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

Institution, an Equity Interest is considered to be held by any person treated as a settlor or beneficiary of all or a portion of the trust, or any other natural person exercising ultimate effective control over the trust. A Reportable Person will be treated as being a beneficiary of a trust if such Reportable Person has the right to receive directly or indirectly (for example, through a nominee) a mandatory distribution or may receive, directly or indirectly, a discretionary distribution from the trust;⁶

15d. Insurance Contract: a contract (other than an Annuity Contract) under which the issuer agrees to pay an amount upon the occurrence of a specified contingency involving mortality, morbidity, accident, liability, or property risk;⁷

15e. Annuity Contract: contract under which the issuer agrees to make payments for a period of time determined in whole or in part by reference to the life expectancy of one or more individuals. The term also includes a contract that is considered to be an Annuity Contract in accordance with the law, regulation, or practice of the jurisdiction in which the contract was issued, and under which the issuer agrees to make payments for a term of years;⁸

15f. Cash Value Insurance Contract: Insurance Contract (other than an indemnity reinsurance contract between two insurance companies) that has a Cash Value;⁹

15g. Cash Value: means the greater of:¹⁰

- a) the amount that the policyholder is entitled to receive upon surrender or termination of the contract determined without reduction for any surrender charge or policy loan, and
- b) the amount the policyholder can borrow under or with regard to the contract.

Notwithstanding the foregoing, the term "Cash Value" does not include an amount payable under an Insurance Contract:

- a) solely by reason of the death of an individual insured under a life insurance contract;
- b) as a personal injury or sickness benefit or other benefit providing indemnification of an economic loss incurred upon the occurrence of the event insured against;
- c) as a refund of a previously paid premium (less cost of insurance charges whether or not actually imposed) under an Insurance Contract (other than an investment-linked life insurance or annuity contract) due to cancellation or termination of the contract, decrease in risk exposure during the effective period of the contract, or arising from the correction of a posting or similar error with regard to the premium for the contract;
- d) as a policyholder dividend (other than a termination dividend) provided that the dividend relates to an Insurance Contract under which the only benefits payable are described in letter (b) of this subsection; or

⁶ Art. 2 para. (1) subpara. (15c) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

⁷ Art. 2 para. (1) subpara. (15d) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

⁸ Art. 2 para. (1) subpara. (15e) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

⁹ Art. 2 para. (1) subpara. (15f) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

¹⁰ Art. 2 para. (1) subpara. (15g) inserted by LGBl. 2017 No. 293.

- e) as a return of an advance premium or premium deposit for an Insurance Contract for which the premium is payable at least annually if the amount of the advance premium or premium deposit does not exceed the next annual premium that will be payable under the contract;

16. Excluded Account:

- a) a retirement or pension account that satisfies the following requirements:
 - aa) the account is subject to regulation as a personal retirement account or is part of a registered or regulated retirement or pension plan for the provision of retirement and pension benefits (including disability or death benefits);
 - bb) the account is tax-favoured (i.e. contributions to the account that would otherwise be subject to tax are deductible or excluded from the gross income of the account holder or are taxed at a reduced rate, or taxation of investment income from the account is deferred or taxed at a reduced rate);
 - cc) information reporting is required to the tax authorities with respect to the account;
 - dd) withdrawals are conditioned on reaching a specified retirement age, disability, or death, or penalties apply to withdrawals made before such specified events;
 - ee) either the annual contributions are limited to USD 50 000 or less, or there is a maximum lifetime contribution limit to the account of USD 1 million or less, in each case applying the rules for account aggregation and currency translation.

A Financial Account that otherwise satisfies the requirements of letter ee) will not fail to satisfy such requirements solely because such Financial Account may receive assets or funds transferred from one or more Financial Accounts that meet the requirements of letter a) or b) or from one or more retirement or pension funds that meet the requirements of Broad Participation Retirement Fund, Narrow Participation Retirement Fund or Pension Fund of a Governmental Entity, International Organisation or Central Bank as referred to in subpara. (14) (b);

- b) an account that satisfies the following requirements:
 - aa) the account is subject to regulation as an investment vehicle for purposes other than for retirement and is regularly traded on an established securities market or the account is subject to regulation as a savings vehicle for purposes other than for retirement;
 - bb) the account is tax-favoured (i.e. contributions to the account that would otherwise be subject to tax are deductible or excluded from the gross income of the account holder or taxed at a reduced rate, or taxation of investment income from the account is deferred or taxed at a reduced rate);

- cc) withdrawals are conditioned on meeting specific criteria related to the purpose of the investment or savings account (for example, the provision of educational or medical benefits) or penalties apply to withdrawals made before such criteria are met; and
- dd) annual contributions are limited to USD 50 000 or less, applying the rules for account aggregation and currency translation.

A Financial Account that otherwise satisfies the requirements of letter dd) will not fail to satisfy such requirements solely because such Financial Account may receive assets or funds transferred from one or more Financial Accounts that meet the requirements of letter a) or b) or from one or more retirement or pension funds that meet the requirements of Broad Participation Retirement Fund, Narrow Participation Retirement Fund or Pension Fund of a Governmental Entity, International Organisation or Central Bank as referred to in subpara. (14) (b);

- c) a life insurance contract with a coverage period that will end before the insured individual attains the age 90, provided that the contract satisfies the following requirements:
 - aa) periodic premiums, which do not decrease over time, are payable at least annually during the period the contract is in existence or until the insured attains the age 90, whichever is shorter;
 - bb) the contract has no contract value that any person can access (by withdrawal, loan, or otherwise) without terminating the contract;
 - cc) the amount (other than a death benefit) payable upon cancellation or termination of the contract cannot exceed the aggregate premiums paid for the contract, less the sum of mortality, morbidity and expense charges (whether or not actually imposed) for the period or periods of the contract's existence and any amounts paid prior to the cancellation or termination of the contract; and
 - dd) the contract is not held by a transferee for value;
- d) an account that is held solely by an estate if the documentation for such account includes a copy of the deceased's will or death certificate;
- e) an account established in connection with any of the following:
 - aa) a court order or a judgment;
 - bb) a sale, exchange, or lease of real or personal property, provided that the account satisfies the following requirements:
 - the account is funded solely with a down payment, a deposit in an amount appropriate to secure an obligation directly related to the transaction, or a similar payment, or is funded with a Financial Asset that is deposited in the account in connection with the sale, exchange or lease of the property;

- the account is established and used solely to secure the obligation of the purchaser to pay the purchase price for the property, the seller to pay contingent liabilities or the lessor or lessee to pay for damages relating to the leased property as agreed under the lease;
 - the assets of the account, including the income earned thereon, will be paid or otherwise distributed for the benefit of the purchaser, seller, lessor or lessee (including to satisfy such person’s obligation) when the property is sold, exchanged, or surrendered, or the lease terminates;
 - the account is not a margin or similar account established in connection with a sale or exchange of Financial Assets;
 - the account is not associated with an account described in letter f);
- cc) an obligation of a Financial Institution servicing a loan secured by real property to set aside a portion of a payment solely to facilitate the payment of taxes or insurance related to the real property at a later time;
- dd) an obligation of a Financial Institution solely to facilitate the payment of taxes at a later time;
- f) a Depository Account that satisfies the following requirements:
- aa) the account exists solely because a customer makes a payment in excess of a balance due with respect to a credit card or other revolving credit facility and the overpayment is not immediately returned to the customer;
 - bb) beginning on or before 1 January 2016 the Financial Institution implements policies and procedures, either to prevent a customer from making an overpayment in excess of USD 50 000, or to ensure that any customer overpayment in excess of USD 50 000 is refunded to the customer within 60 days, in each case applying the rules for currency translation. For this purpose a customer overpayment does not refer to credit balances to the extent of disputed charges, but does include credit balances resulting from merchandise returns;
- g) any other account that presents a low risk of being used to evade tax, has substantially similar characteristics to any of the accounts described in letter a) through f), and is defined in domestic law as an Excluded Account, provided that the status of such account as an Excluded Account does not frustrate the purposes of the Common Reporting Standard;
17. Reportable Account: an account held by one or more Reportable Persons or by a Passive NFE with one or more Controlling Persons that is a Reportable Person, provided it has been identified as such pursuant to the procedures for the fulfillment of the AEOI due diligence obligations;
18. Preexisting Account:¹¹

¹¹ Art. 2 para. (1) subpara. (18) amended by LGBl. 2017 No. 293.

- a) for purposes of the AEOI Agreement Liechtenstein-EU:¹² a Financial Account, maintained by a Reporting Liechtenstein Financial Institution as of 31 December 2015;
 - b) in the remaining cases: a Financial Account, maintained by a Reporting Liechtenstein Financial Institution as of 31 December 2016;
19. Preexisting Individual Account: a Preexisting Account held by one or more individuals;
20. New Account:¹³
- a) for purposes of the AEOI Agreement Liechtenstein-EU: a Financial Account maintained by a Reporting Liechtenstein Financial Institution opened on or after 1 January 2016;
 - b) in the remaining cases: a Financial Account maintained by a Reporting Liechtenstein Financial Institution opened on or after 1 January 2017;
21. Lower Value Account:¹⁴
- a) for purposes of the AEOI Agreement Liechtenstein-EU: a Preexisting Individual Account with an aggregate balance or value as of 31 December 2015 that does not exceed USD 1 000 000;
 - b) in the remaining cases: a Preexisting Individual Account with an aggregate balance or value as of 31 December 2016 that does not exceed USD 1 000 000;
22. High Value Account:¹⁵
- a) for purposes of the AEOI Agreement Liechtenstein-EU: a Preexisting Individual Account with an aggregate balance or value that exceeds USD 1 000 000 as of 31 December 2015 or 31 December of any subsequent year;
 - b) in the remaining cases: a Preexisting Individual Account with an aggregate balance or value that exceeds USD 1 000 000 as of 31 December 2016 or 31 December of any subsequent year;
23. undocumented account: a Preexisting Individual Account in respect of which a Reporting Liechtenstein Financial Institution is unable to obtain a self-certification or Documentary Evidence in application of the AEOI due diligence procedures and is therefore unable to determine the residence for tax purposes of the Account Holder;
24. Reportable Person: a Reportable Jurisdiction Person, other than:
- a) a corporation the stock of which is regularly traded on one or more established securities markets;
 - b) any corporation that is a Related Entity of a corporation described in letter a);
 - c) a Governmental Entity; or

¹² Agreement between the Principality of Liechtenstein and the European Union on the automatic exchange of financial account information to improve international tax compliance, LGBl. 2005 No. 111 in the version LGBl. 2015 No. 354.

¹³ Art. 2 para. (1) subpara. (20) amended by LGBl. 2017 No. 293.

¹⁴ Art. 2 para. (1) subpara. (21) amended by LGBl. 2017 No. 293.

¹⁵ Art. 2 para. (1) subpara. (22) amended by LGBl. 2017 No. 293.

- d) a Financial Institution;
- 24a. Reportable Jurisdiction Person: an individual or Entity that is resident in a Reportable Jurisdiction under the tax laws of such jurisdiction, or an estate of a decedent that was a resident of a Reportable Jurisdiction. For this purpose, an Entity such as a partnership, limited liability partnership or similar legal arrangement that has no residence for tax purposes shall be treated as resident in the jurisdiction in which its place of effective management is situated;¹⁶
25. Controlling Persons: the natural persons who exercise control over an Entity. In the case of a trust, such term means the settlors, the trustees, the protectors (if any), the beneficiaries or a class of beneficiaries and any other natural persons exercising ultimate effective control over the trust and in the case of a legal arrangement other than a trust, such term means persons in equivalent or similar positions. The term "Controlling Persons" must be interpreted in a manner consistent with the Financial Action Task Force (FATF) Recommendations;
26. Account Holder: the person listed or identified as the holder of a Financial Account by the Financial Institution that maintains the account. A person, other than a Financial Institution, holding a Financial Account for the benefit or account of another person as agent, custodian, nominee, signatory, investment advisor or intermediary is not treated as holding the account for purposes of the Common Reporting Standard, and such other person is treated as holding the account. In the case of a Cash Value Insurance Contract or an Annuity Contract, the Account Holder is any person entitled to access the Cash Value or change the beneficiary of the contract. If no person can access the Cash Value or change the beneficiary, the Account Holder is any person named as the owner in the contract and any person with a vested entitlement to payment under the terms of the contract. Upon the maturity of a Cash Value Insurance Contract or an Annuity Contract, each person entitled to receive a payment under the contract is treated as an Account Holder;
27. Taxpayer Identification Number (TIN): the identification number of a taxable person under the law of the jurisdiction in which that person is resident;
28. Documentary Evidence: any of the following:
- a) a certificate of residence issued by an authorised government body of the jurisdiction in which the payee claims to be a resident;
 - b) with respect to an individual, any valid identification issued by an authorised government body, that includes the individual's name and is typically used for identification purposes;
 - c) with respect to an Entity, any official documentation issued by an authorised government body that includes the name of the Entity and either the address of its principal office in the jurisdiction in which the Entity claims to be a resident or the jurisdiction in which the Entity was incorporated or organised;
 - d) any audited financial statement, third-party credit report, bankruptcy filing or securities regulator's report.

¹⁶ Art. 2 para. (1) subpara. (24a) inserted by LGBl. 2017 No 293.

2) The terms set out in para. (1), in particular the terms "Participating Jurisdiction", "Non-Reporting Financial Institution" and "Excluded Account" may be defined more specifically by a Government Ordinance.

3) If an applicable agreement or this Act refers to an amount denominated in USD, this is also to be understood as the relevant counter value in another currency.

4) Unless the applicable agreement or this Act specifies otherwise, the Fiscal Authority is the Competent Authority of Liechtenstein under the applicable agreement.

5) The designations used in this Act to denote persons and functions include persons of male and female gender.

II. Obligations of Liechtenstein Entities

Art. 3

Active NFE

1) Subject to any indirectly derived requirements for documentation, verification and self-certification against other domestic and foreign Financial Institutions, Liechtenstein Entities to be classified as Active NFE have no obligations under this Act.

2) Art. 7 para. (6) shall apply by analogy for the purpose of determining whether the contracting partner is to be classified as an Active NFE.

Art. 4

Classification, documentation and notification obligations

1) Liechtenstein Entities that are not to be classified as Active NFEs have to classify as Financial Institution or Passive NFE.

2) Liechtenstein Entities may voluntarily classify themselves as Financial Institution.

3) The classification has to be done:

a) for preexisting Liechtenstein Entities within one year from the date of the entry into force of this Act;

b) for new Liechtenstein Entities immediately.

4) Changes in classification are to be made immediately.

5) The classification and changes in the classification are to be documented by the Liechtenstein Entity. More specific details regarding the minimum requirements for the

forms to be used for the purposes of documentation will be issued by Government Ordinance.

6) The Reporting Liechtenstein Financial Institutions are to be notified of the classification as Passive NFE and changes to this classification within the time limits stated in para. (3) and (4). If a Liechtenstein Entity does not meet this notification obligation it shall be a Reporting Liechtenstein Financial Institution that is obliged to meet the relevant obligations under the applicable agreements and this Act.

Art. 5

Notification obligations of Passive NFE

1) Liechtenstein Passive NFE must notify the respective Reporting Liechtenstein Financial Institutions unrequested of all Controlling Persons, including the information to be exchanged pursuant to Art. 9 para. (2) (a). Art. 7 para. (12) shall apply by analogy. The Controlling Persons of the Passive NFE are to be determined pursuant to Art. 2 para. (1) (e) of the Liechtenstein Due Diligence Act.

2) Liechtenstein Passive NFEs are required to use reasonable efforts to obtain the Taxpayer Identification Number(s) of the Controlling Persons and in the case of an individual, the date of birth, for the purposes of notifying pursuant to para. (1).

3) The notification must take place:

- a) for preexisting Liechtenstein Passive NFE within 18 months from the date of the entry into force of this Act;
- b) for new Liechtenstein Passive NFE immediately.

4) Changes in the Controlling Persons are to be notified to the Reporting Liechtenstein Financial Institutions immediately.

5) Liechtenstein Passive NFE are responsible for the accuracy and completeness of the reported information. Reporting Liechtenstein Financial Institutions shall work on the assumption that the reported information is accurate and complete.

6) If a Liechtenstein Passive NFE fails to meet the reporting obligation within the time limits stated in para. (3) and (4), the Reporting Liechtenstein Financial Institutions shall presume that the information for exchange that is in their possession is accurate and complete. Reporting Liechtenstein Financial Institutions shall immediately report this Passive NFE to the Fiscal Authority.

III. Obligations of Liechtenstein Financial Institutions

Art. 6

Classification and documentation obligations

- 1) Liechtenstein Financial Institutions must classify themselves either as Reporting Liechtenstein Financial Institution or Non-Reporting Liechtenstein Financial Institution.
- 2) Art. 4 para. (3) to (5) shall apply accordingly.

Art. 7

AEOI due diligence procedures

- 1) Reporting Liechtenstein Financial Institutions must identify Reportable Accounts. The procedures for the fulfillment of the AEOI due diligence procedures contained in the applicable agreement shall be applied when identifying such accounts.
- 2) Reporting Liechtenstein Financial Institutions may determine beneficiaries of a Passive NFE, who are considered to be Controlling Persons in the same way as beneficiaries of an Investment Entity, who are considered to be Account Holders.
- 3) A Reporting Liechtenstein Financial Institution must determine the Controlling Persons of a Passive NFE pursuant to Art. 2 para. (1) (e) of the Due Diligence Act.
- 4) Reporting Liechtenstein Financial Institutions may apply:
 - a) the AEOI due diligence procedures in respect of High Value Accounts for all or a clearly identified group of Lower Value Accounts;
 - b) the AEOI due diligence procedures in respect of New Accounts for all or a clearly identified group of Preexisting Accounts; the remaining procedures for Preexisting Accounts continue to apply.
- 5) Reporting Liechtenstein Financial Institutions may:¹⁷
 - a) for purposes of the AEOI Agreement Liechtenstein-EU elect with respect to certain or all Preexisting Entity Accounts with an aggregate account balance or value that does not exceed USD 250 000 as of 31 December 2015 to not review, identify, or report as a Reportable Account until the aggregate account balance or value exceeds USD 250 000 as of the last day of any subsequent calendar year;
 - b) in the remaining cases elect with respect to certain or all Preexisting Entity Accounts with an aggregate account balance or value that does not exceed USD 250 000 as of 31 December 2016 to not review, identify, or report as a Reportable Account until the aggregate account balance or value exceeds USD 250 000 as of the last day of any subsequent calendar year.
- 6) For Preexisting Entity Accounts Reporting Liechtenstein Financial Institutions may in the performance of their AEOI due diligence procedures use any classification in their

¹⁷ Art. 7 para. (5) amended by LGBl 2017 No. 293.

records with respect to the Account Holder that was implemented prior to the date to classify the Financial Account as a Preexisting Account and that is based on a standardised industry coding system, which they use in accordance with their normal business practices to combat money laundering or for other regulatory purposes other than tax purposes, as Documentary Evidence, provided that they do not know or have reason to know that such classification is incorrect or unreliable.

7) A self-certification remains valid until there is a change of circumstances that causes the Reporting Liechtenstein Financial Institution to know, or have reason to know, that the original self-certification is incorrect or unreliable. Any person who has provided a self-certification in accordance with the applicable agreement and this Act is obliged to notify the Reporting Liechtenstein Financial Institution of the new information pertaining to the self-certification if there is a change in circumstances.

8) Preexisting Individual Accounts must be reviewed within the following time limits from the date of applicability of the automatic exchange of information with a partner jurisdiction:

- a) High Value Accounts: within one year;
- b) Lower Value Accounts: within two years.

9) Preexisting Entity Accounts must be reviewed within two years from the date of applicability of the automatic exchange of information with a partner jurisdiction.

10) As of the entry into force of this Act Reporting Liechtenstein Financial Institutions may also apply the AEOI due diligence procedures *mutatis mutandis* to Financial Accounts that were not considered Reportable Accounts at the time the AEOI due diligence procedures were carried out. For these purposes they may collect the Taxpayer Identification Number of the Reportable Persons and the Entities that are Account Holders. Para. (2) to (7) shall apply *mutatis mutandis*.

11) For the purposes of para. (10) Reporting Liechtenstein Financial Institutions may apply the time limits stated in para. (8) and (9) as from the date on which this Act enters into force.

12) Reporting Liechtenstein Financial Institutions must take appropriate organisational measures that ensure that they have all the information that has to be collected under the applicable agreement and this Act.

13) A Reporting Liechtenstein Financial Institution, other than an Investment Entity, must close any New Account for which it does not have the name, address and date of birth of the Account Holder and the Controlling Persons within 90 days from the opening of the New Account. It shall have an extraordinary right of termination. Art. 17 and 18 of the Due Diligence Act remain reserved.

14) If a Reporting Liechtenstein Financial Institution, other than an Investment Entity, does not have the information required under the applicable agreement and this Act within 90 days from the opening of a New Account, the account shall be blocked for all receipts

and withdrawals, until it is in possession of all the information. The Reporting Liechtenstein Financial Institution may extend the time limit of 90 days to a maximum of one year if there are particular reasons why the information is not available.

15) Reporting Liechtenstein Financial Institutions shall keep records of the steps undertaken and any evidence relied upon for the performance of the AEOI due diligence procedures. They shall keep these records for a period of 10 years after the end of the period within which the Reporting Liechtenstein Financial Institution must report the information required.¹⁸

Art. 8

Registration obligation

1) Reporting Liechtenstein Financial Institutions that have identified Reportable Accounts pursuant to Art. 7 must register unsolicited with the Fiscal Authority.

2) The registration must take place until 31 May of the calendar year following the year of identification of Reportable Accounts.

3) If the status as Reporting Liechtenstein Financial Institution ends or if it ceases commercial activity, the Financial Institution must deregister unsolicited with the Fiscal Authority.

Art. 9

Reporting obligation

1) Reporting Liechtenstein Financial Institutions have to obtain the information to be exchanged under the applicable agreement with respect to each Reportable Account and every undocumented account for the period stated in the applicable agreement and report it to the Fiscal Authority in the form stated therein. Art. 20 para. (2) applies mutatis mutandis.

2) The information to be exchanged includes:

- a) the name, address, jurisdiction(s) of residence, Taxpayer Identification Number(s) and date of birth (in the case of individuals) of each Reportable Person that is an Account Holder of the account and, in the case of any Entity that is an Account Holder, the name, address, jurisdiction(s) of residence and Taxpayer Identification Number(s) of the Entity as well as the name, address, jurisdiction(s) of residence, Taxpayer Identification Number(s) and date of birth of each reportable Controlling Person;

¹⁸ Art.7 para. (15) inserted by LGBl 2017 No 293.

- b) the account number or functional equivalent in the absence of an account number;
- c) the name and identifying number of the Reporting Financial Institution;
- d) the account balance or value, including in the case of a Cash Value Insurance Contracts or Annuity Contract, the Cash Value or surrender value as of the end of the relevant calendar year or other appropriate reporting period or, if the account was closed during such year or period, the closure of the account;
- e) in the case of any Custodial Account:
 - 1. the total gross amount of interest, the total gross amount of dividends, and the total gross amount of other income generated with respect to the assets held in the account, in each case paid or credited to the account, or with respect to the account, during the calendar year or other appropriate reporting period; and
 - 2. the total gross proceeds from the sale or redemption of Financial Assets paid or credited to the account during the calendar year or other appropriate reporting period with respect to which the Reporting Financial Institution acted as a custodian, broker, nominee or otherwise as an agent for the Account Holder;
- f) in the case of any Depository Account, the total gross amount of interest paid or credited to the account during the calendar year or other appropriate reporting period; and
- g) in the case of any account not described in subpara. (e) or (f) the total gross amount paid or credited to the Account Holder with respect to the account during the calendar year or other appropriate reporting period with respect to which the Reporting Financial Institution is the obligor or debtor, including the aggregate amount of any redemption payments made to the Account Holder during the calendar year or other appropriate reporting period.

3) Reporting Liechtenstein Financial Institutions are required to use reasonable efforts to obtain the Taxpayer Identification Number(s) with respect to Preexisting Accounts, and in the case of an individual, the date of birth, by the end of the second calendar year following the year in which such accounts were identified as Reportable Accounts.

4) For the purposes of the exchange of information the amount and characterisation of payments made with respect to a Reportable Account may be determined in accordance with the principles of Liechtenstein tax laws.

5) Notwithstanding para. (1), the information described in para. (2) is to be reported for the calendar year in which this Act enters into force, except for gross proceeds described in para. 2 (e) (2).

6) If a Reportable Person dies, any Reporting Liechtenstein Financial Institution, other than an Investment Entity, shall continue to treat the account as having the same status that it had prior to the death of the Account Holder until it is notified of the estate with legal personality or the rightful heirs.

7) Reports to the Fiscal Authority must be made within six months from the end of the respective calendar year in accordance with the provisions of the Fiscal Authority.

8) If the Competent Authority of a partner jurisdiction has received information that was subsequently amended as the result of a legally enforceable decision or as the result of a process according to Art. 12 para. (2), the Reporting Liechtenstein Financial Institution has to transmit the amended information immediately to the Fiscal Authority.

9) Reporting Liechtenstein Financial Institutions are obliged to retain the information to be exchanged up to the expiry of the maximum periods of limitation pursuant to Art. 35. Subject to other legal provisions the information to be exchanged that has been transmitted to the Fiscal Authority is to be destroyed after expiry of the maximum limitation periods.

Art. 10

Information obligation of the Reporting Liechtenstein Financial Institutions and transmission obligation of the Entities

1) Reporting Liechtenstein Financial Institutions are obliged to inform Reportable Persons and Entities, who are Account Holders, no later than 31 March of the year in which the relevant information concerning them will be transmitted to the Fiscal Authority for the first time, of:

- a) their capacity as a Reporting Liechtenstein Financial Institution;
- b) the relevant applicable agreements, their content and their purpose;
- c) the partner jurisdiction or partner jurisdictions to which information is reported;
- d) the information to be exchanged on the basis of the applicable agreements;
- e) the permissible use of the information to be exchanged in accordance with Art. 15 and 16;
- f) the rights of any Reportable Persons and any Entities who are Account Holders under the Liechtenstein Data Protection Act (DSG) and this Act, in particular the right to access information and the right to correct incorrect data.

2) Reporting Liechtenstein Financial Institutions are obliged to inform Reportable Persons and Entities who are Account Holders of any change in the information provided under para. (1) no later than 31 March of the year in which the amended information concerning them will be transmitted to the Fiscal Authority for the first time.

3) In the case of any Entity that is an Account Holder and for which one or more Controlling Persons have been identified, information of the Reportable Persons is delivered to the Entity. Liechtenstein Entities have to immediately forward the information to the Reportable Persons.

4) For Reportable Accounts that have been closed the information is sent once only to the last known address. The information may be omitted for dormant accounts.

Art. 11

Use of service providers

Reporting Liechtenstein Financial Institutions may use service providers in order to fulfil the obligations imposed upon them by the applicable agreement and this Act. The Reporting Liechtenstein Financial Institutions still remains responsible for the fulfilment of the obligations.

IV. Rights and obligations of the Reportable Persons and the Entities who are Account Holders

Art. 12

With reference to Reporting Liechtenstein Financial Institutions

1) With reference to the information to be exchanged by Reporting Liechtenstein Financial Institutions Reportable Persons and Entities who are Account Holders have the rights set out in the Data Protection Act (DSG). Art. 24 DSG is not applicable.

2) Any Reportable Person and any Entity who is an Account Holder may ask the Reporting Liechtenstein Financial Institution in writing to correct any information to be exchanged that is incorrect.

3) A correction of incorrect information to be exchanged may only be requested before reporting to the Fiscal Authority according to Art. 9, if the necessary information according to the applicable agreement and this Act is presented to the Reporting Liechtenstein Financial Institution no later than 31 May of the calendar year in which a report is made to the Fiscal Authority.

4) In the event of a legal proceeding and interim measure (protective measure) relating to the protection of privacy in accordance with Art. 37 para. (1) DSG, the Reporting Liechtenstein Financial Institution will be obliged to transmit the information to the Fiscal Authority only after a legally enforceable final judgement on the validity of the information to be exchanged.

Art. 13

With reference to the Fiscal Authority

1) Reportable Persons and Entities who are Account Holders are entitled to assert their right to access information with reference to the information to be exchanged held by the Fiscal Authority.

2) In cases where the inaccuracy is due to transmission errors, a correction of incorrect information to be exchanged may only be requested in writing by 31 August of the calendar year in which the information is to be forwarded by the Fiscal Authority before the information is transmitted by the Fiscal Authority pursuant to Art. 14. Reportable Persons and Entities who are Account Holders, having their residence or registered office abroad must appoint a representative for the service of documents in Liechtenstein for this purpose.

3) Art. 12 para. (4) shall apply mutatis mutandis.

V. Transmission of the information by the Fiscal Authority

Art. 14

Principle

1) The Fiscal Authority shall transmit the information stated in the applicable agreement and the information corrected in accordance with Art. 9 para. (8) to the Competent Authority of the relevant partner jurisdiction in the form stated in the applicable agreement, by means of an automated process within the time limits set out in the applicable agreement.

2) The Fiscal Authority is not required to transmit information if transmission is contrary to the public policy (ordre public) of the Principality of Liechtenstein.

3) The Fiscal Authority is not required to transmit information or parts thereof if the Foreign Authority is not in a position to provide comparable information concerning Liechtenstein Reportable Accounts to the Fiscal Authority.

4) The Fiscal Authority retains the exchanged information up to the expiry of the maximum periods of limitation pursuant to Art. 35. Notwithstanding Art. 25 DSG, the exchanged information is to be destroyed after expiry of the maximum limitation periods.

VI. Confidentiality and data safeguards

Art. 15

Confidentiality

1) All information to be exchanged which the Competent Authority of a partner jurisdiction receives shall be treated as confidential in the same manner as information obtained under the domestic legislation of this partner jurisdiction.

2) Such information shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement

or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to taxes of a partner jurisdiction, or the oversight of the above. These persons or authorities shall only use the exchanged information only for such purposes. They may disclose exchanged information in public court proceedings or in a judicial decision.

3) Notwithstanding para. (1) and (2), a partner jurisdiction may use the exchanged information for other purposes when such information may be used for such other purposes under the law of the partner jurisdiction and the Liechtenstein law and the Fiscal Authority authorises such use.

Art. 16

Ban on transmission of exchanged information to third countries

Exchanged information may not be transmitted to third countries. The Fiscal Authority instructs the Competent Authority of the partner jurisdiction accordingly.

Art. 17

Data Processing and Data Security

1) In the course of fulfilling its duties the Fiscal Authority is authorised to process information to be exchanged, including personal data, particularly sensitive personal data concerning administrative and criminal prosecutions and sanctions in tax matters as well as personal profiles. They may operate an information system for this purpose.

2) Information to be exchanged that is processed by the Fiscal Authority and the Competent Authority of the partner jurisdiction must be protected against unauthorised use through appropriate technical and organisational measures.

3) More specific details regarding the minimum requirements for the data security of information to be exchanged shall be issued by Government Ordinance.

4) The Data Protection Office shall be responsible for the supervision of lawful processing of information to be exchanged.

Art. 18

Security breaches

1) The Fiscal Authority shall inform Reporting Liechtenstein Financial Institutions of any security breach concerning information being processed by the Fiscal Authority, if this breach is expected to affect the protection of personal data of Reportable Persons or Entities that are Account Holders, or their privacy.

2) Para. (1) shall apply mutatis mutandis to a security breach concerning information being processed by the Competent Authority of the partner jurisdiction, provided the Fiscal Authority is informed of it.

3) Reporting Liechtenstein Financial Institutions are required to inform Reportable Persons and Entities who are Account Holders immediately of a security breach as referred to in para. (1) and (2).

4) Art. 10 para. (3) shall apply mutatis mutandis.

5) The Fiscal Authority shall inform the Data Protection Office of a security breach as referred to in para. (1) and (2).

VII. Procedural provisions

Art. 19

Organisation and procedures

1) The Fiscal Authority issues all decrees and makes all decisions that are necessary for the application of the applicable agreement and this Act.

2) It may prescribe the use of specific forms in an electronic format.

Art. 20

Obligation of disclosure

1) Liechtenstein Entities shall disclose all facts that are necessary for the implementation of the applicable agreement and this Act to the Fiscal Authority and to independent third parties (Art. 21).

2) Statutory provisions concerning data, professional or commercial secrets do not preclude the disclosure of information in accordance with para. (1), unless it is information covered by protection of confidentiality pursuant to § 108 para. (1) (2) StPO (Liechtenstein Code of Criminal Procedure) and its disclosure would represent an inadmissible circumvention of confidentiality as defined in § 108 para. (3) StPO. Liechtenstein Entities are released from their obligations of confidentiality to the equivalent extent.

Art. 21

Inspections

1) Inspections will be conducted in order to verify that the obligations of the Liechtenstein Entities are fulfilled. The inspections will be conducted by the Fiscal Authority or in accordance with its instructions by independent third parties. Only auditors, audit companies and audit companies established under special legislation as defined in Art. 26 FMAG (Financial Market Supervisory Act) may qualify as independent third parties.

2) The independent third parties are subject to the obligation of confidentiality referred to in Art. 25, subject to reporting in accordance with para. (5).

3) The expenses of the independent third parties will be met by the Liechtenstein Entities being inspected. Independent third parties must draw up a cost estimate prior to commencement of the inspection. The costs must be based on the applicable industrial tariffs and must be proportionate in relation to the object of the inspection activity.

4) Liechtenstein Entities shall grant the Fiscal Authority and independent third parties unrestricted access to all information relevant for the fulfilment of their obligations under the applicable agreement and this Act and which they consider necessary to carry out the inspections.

5) The independent third parties shall submit an inspection report to the Fiscal Authority in accordance with the specifications of the Fiscal Authority.

Art. 22

Restoration of the lawful conditions

1) The Fiscal Authority will informally request the concerned Liechtenstein Entity to restore the lawful conditions within an appropriate time limit, if:

- a) there is reason to believe that administrative or other minor errors might have led to an incorrect or incomplete transmission of data or other instances of non-compliance with the applicable agreement or this Act; or
- b) the Fiscal Authority notices that a Liechtenstein Entity is failing to meet the obligations under the applicable agreement and this Act to a significant degree.

2) The time limit referred to in para. (1) may be extended in justified circumstances. If the failings are not rectified within the specified time the Fiscal Authority will issue an appropriate decree.

3) In the event of a significant failure to comply as referred to in para. (1) (b) and failure to restore the lawful conditions after a decree such as referred to in para. (2) has become legally enforceable, the imposition of a fine as referred to in Art. 27 to 30 is reserved.

Art. 23

Applicable procedural law

Unless this Act specifies otherwise the Liechtenstein National Administration Act (LVG) shall apply.

Art. 24

Legal remedy

- 1) A written objection may be made against decrees of the Fiscal Authority under this section within 30 days from the day of service.
- 2) The objection must contain the petitions and state the facts on which they are based.
- 3) If an objection has been validly raised the Fiscal Authority shall examine the decree without being bound by the petitions presented and shall issue a reasoned ruling on the objection.
- 4) The provisions of Art. 117 and 118 SteG shall apply to the legal remedies and the proceedings *mutatis mutandis*.

Art. 25

Obligations of confidentiality

- 1) Any person charged with the execution of the applicable agreement and this Act or engaged in the execution thereof is subject to official secrecy and shall maintain confidentiality with regard to other official bodies and private individuals concerning observations made in the conduct of this activity and deny access to official documents.
- 2) The obligation of confidentiality does not apply:
 - a) for the Fiscal Authority in respect of reportings and the provision of information to the Competent Authority of the partner jurisdiction in accordance with the applicable agreement and this Act;
 - b) with respect to Liechtenstein bodies engaged in the administration of justice that are charged with the execution of the applicable agreement and this Act;
 - c) with respect to Liechtenstein bodies engaged in the administration of justice, the Public Prosecution Service and the National Police Force in the investigation of criminal offenses punishable by courts;
 - d) with respect to Liechtenstein supervisory authorities and agencies responsible for the imposition of supervisory and disciplinary measures against Entities;
 - e) insofar as there is a legal basis for it.

3) The confidentiality obligations of persons named in § 108 subpara. (1) (2) StPO, including the anti-circumvention provision set out in § 108 subpara. (3) StPO, are not affected by para. (2).

VIII. Anti-abuse provisions

Art. 26

Abuse of arrangement opportunities

1) Legal or de facto arrangements primarily aimed at circumvention of the obligations under an applicable agreement or this Act constitute abuse.

2) Liechtenstein Entities may not themselves manage structures in connection with abusive arrangements as referred to in para. (1), nor support their use.

3) If there is evidence of abuse, Liechtenstein Entities must meet their obligations under the applicable agreements and this Act as they would without the benefit of this abusive arrangement.

IX. Penal provisions

Art. 27

Court of Justice

1) Any person deliberately failing to fulfil the following obligations may be imposed fines of up to CHF 250 000 by the Court of Justice:

- a) the obligations of classification, documentation or notification pursuant to Art. 4;
- b) the notification obligations of Passive NFEs pursuant to Art. 5;
- c) the obligations of classification or documentation pursuant to Art. 6;
- d) the AEOI due diligence procedures pursuant to Art. 7;
- e) the registration obligation pursuant to Art. 8;
- f) the reporting obligation pursuant to Art. 9;
- g) the prohibition pursuant to Art. 26 para. (2).

2) In the event of negligence the fines referred to in para. (1) may be up to CHF 100 000.

Fiscal Authority

Art. 28

a) Failure to meet obligations and circumvention of inspections

Fines of up to CHF 20 000 will be imposed by the Fiscal Authority on any person, who jeopardises the implementation of the applicable agreement and this Act, by deliberately or negligently:

- a) violating the reporting obligations of the reporting Liechtenstein Financial Institution vis-à-vis the Fiscal Authority pursuant to Art. 5 para. (6);
- b) violating the obligation to close and block accounts pursuant to Art. 7 para. (13) and (14);
- c) violating the obligation of information or transmission pursuant to Art. 10 and 18;
- d) violating the obligation of disclosure pursuant to Art. 20;
- e) impeding or preventing the proper conduct of an inspection pursuant to Art. 21 or making it impossible.

Art. 29

b) False self-certification

Any person who deliberately or negligently provides a false self-certification to a Liechtenstein Financial Institution, fails to notify it of changes in circumstances or provides false information concerning changes in circumstances will be penalised by the Fiscal Authority with fines of up to CHF 10 000.

Art. 30

c) Administrative offences

Fines of up to CHF 5 000 will be imposed by the Fiscal Authority on any person who deliberately or negligently:

- a) contravenes an implementary provision of this Act, insofar as its violation is declared a punishable offence;
- b) defies an official decree imposed on that person which refers to the penalty stated in this Article.

Art. 31

Legal remedy in administrative proceedings

1) Administrative prosecution decisions of the Fiscal Authority pursuant to Art. 28 to 30 may be contested within 14 days from the day of service at the National Tax Commission.

2) Appeal decisions of the National Tax Commission may be contested within 14 days from the day of service at the Administrative Court.

Art. 32

Administrative procedural provisions

In the absence of derogating provisions in the present Act, Art. 152 to 159 LVG shall apply mutatis mutandis to the proceedings referred to in Art. 28 to 30.

Art. 33

Procedural provisions for criminal proceedings

The provisions in respect of criminal court proceedings shall apply to proceedings for failure to meet obligations referred to in Art. 27.

Art. 34

Responsibility of legal persons

1) If contraventions are committed by a legal person, the legal person is subject to a fine.

2) The executive bodies shall be jointly liable for the fines imposed if the fines are not paid by the legal person.

Art. 35

Statute of limitations

1) For contraventions referred to in Art. 27 to 30, prosecution and enforcement shall become statute-barred in five years.

2) The period of limitation for prosecutions under the statute of limitations commences at the end of the year in which the violation was last committed. The period of limitation is suspended while the suspect is abroad. The period of limitation is interrupted by any investigation measures conducted against the suspect. The period of limitation starts afresh

after each interruption. The period of limitation may not be more than double the original period.

3) The period of limitation for enforcement commences with the legally binding conclusion of the criminal proceedings. It shall be suspended as long as the penalty remains unenforceable in Liechtenstein. The period of limitation of sentence enforcement will be interrupted by every enforcement measure conducted against the convicted person. The period of limitation starts afresh after each interruption. The period of limitation may not be more than double the original period.

Art. 36

Obligation to notify the competent supervisory bodies and agencies

1) If Liechtenstein Entities are grossly or repeatedly in breach of their obligations under an applicable agreement or this Act, the Fiscal Authority shall bring this to the attention of the supervisory bodies and agencies responsible for the imposition of supervisory and disciplinary measures against the Entities.

2) The Fiscal Authority shall inform the supervisory bodies and agencies responsible for the imposition of supervisory and disciplinary measures against the Entities of the number of undocumented accounts reported for each Financial Institution every year. The imposition of a fine in accordance with Art. 27 to 30 is reserved.

X. Final provisions

Art. 37

Implementing regulations

The Government shall enact the regulations required for the implementation of this Act.

Art. 38

Entry into force

Provided that the referendum deadline expires unutilised this Act shall enter into force on 1 January 2016, otherwise on the day after the announcement.

By proxy for the Prince of Liechtenstein:
signed *Alois*
Hereditary Prince

signed *Adrian Hasler*
Head of the Princely Government